

Feste Termine

Jeden 2. Montag im Monat von 19:00 bis 22:00 im Infoladen.
Gemeinsames Briefeschreiben an Gefangene der GG/BO-Soligruppe Jena
<http://gefangenensolijena.noblogs.org/>

Jeden Dienstag von 18:00 bis 19:00 im Infoladen..
Gewerkschaftliche Sprechstunde der FAU Erfurt/Jena
<http://www.fau.org/ortsgruppen/erfurt-jena/>

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20:00 im Krautspace.
Sprechstunde für Verschlüsselung, Privatsphäre und Datensicherheit des Hackspace
<https://kraut.space/>

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat von 18:00 bis 20:00 im MobB.eV (Unterem Markt 2)
Regelmäßiger Treffpunkt der Gruppe STATT zu Mietproblemen und -kämpfen
rechttaufstadtjena.noblogs.org

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat 19:00-21:00.

Offene Antirepressions-Sprechstunde der Rote Hilfe Jena
rotehilfejena.blogspot.de

Jeden Donnerstag ab 20:00 im Bahnhof von Eisenberg (Bahnhofstr. 6).
Vokü des Hausprojekts im Eisenberger Bahnhof

Jeden Freitag von 15:00 bis 18:00 im Infoladen.
Infocafé der Gruppe Pekari im Infoladen
pekan.blogspot.de/infocafe

Jeden Freitag von 16:00 bis 19:00 im DJR
Offenes Plenum von Jugend gegen Rechts

Unregelmäßig.
Critical Crisis Concerts
criticalcrisis.blogspot.de

Orte und Seiten

Infoladen Jena
infoladenjena.blogspot.de
Adresse: Schillergässchen 5, 07745 Jena, letzte Etage hinten links überm Grünowski.
Öffnungszeiten Donnerstag 17:00-18:00 und Freitag 15:00-18:00.

Frei(t)raum der Uni Jena

Der Frei(t)raum wurde von einer älteren Generation politisierter Student_innen als selbstverwalteter studentischer Raum erkämpft. In ihm können problemlos Veranstaltungen und Treffen organisiert werden. Gegenüber vom Stura, in der Carl-Zeiss-Straße 3.

Der Wolja-Blog

wolja.noblogs.org
Der Blog zu Raumfragen und Hausbesetzungen in Jena sowie zur Repression im Zusammenhang damit. Hervorgegangen aus den Hausbesetzungen 2013 und 2014.

Was tun

wastun.co.vu
Der jenaer Bewegungskalender mit Infos und Terminen der lokalen linken und linksradikalen Szene im weitesten Sinne.

Lirabelle

lirabelle.blogspot.eu
Das Thüringer Szenenblatt mit Beiträgen von linksradikalen und antiautoritären Gruppen und Genoss_innen aus Jena, Erfurt und anderen Städten.



Anarcho Infoblatt Jena

Vom AIBJ werden aller zwei Monate 300 Kopien gedruckt und an verschiedenen Orten verteilt, unter anderem im Infoladen Jena und im Wohni. Ihr könnt es zu Bewegungszwecken frei vervielfältigen. Kontakt unter aibj@riseup.net. Die älteren Ausgaben im Druckformat unter samizdatarchiv.noblogs.org

Anarcho Info-Blatt Jena

#5 Dieses Mal mit Schwerpunkt zu Klassenkampf und Bildung



Samizdat mit praktischen Infos für Organisation und Aktion in Jena

Anarchismus: Eine herrschaftsfeindliche Einstellung, eine Theorie-Tradition, eine historische wie aktuelle gesellschaftliche Bewegung. Gibt es auch in Jena.

Samizdat: Russisch für Selbstherausgabe. Zu Zeiten der staatskapitalistischen Diktaturen des Ostblocks selbstherausgegebene Untergrundblätter der Oppositionsbewegungen. Gab es auch in der DDR.

Organisation und Aktion: Das, worin sich unsere Ideen, Überzeugungen und Debatten übersetzen. Der Versuch, unsere Alltagsbeziehungen neu zu gestalten und konkrete Kämpfe gegen diese Verhältnisse zu führen.

Editorial

Sommerferien in Jena - kein Grund für uns, Pause zu machen! Nach dem Arbeitskampf am CATI-Labor und vielen Diskussionen darum sowie im Nachgang haben wir uns entschieden, das aktuelle Heft dem Thema Klassenkampf und Bildung zu widmen. Die meisten der Texte drehen sich darum, außerdem gibt es Texte aus dem Bereich Antifa, Gefangenengewerkschaft und Häuserkämpfe.

Das Titelbild ist von den Antifa-Protesten gegen die Thügida-Kundgebung auf dem Markt vom 20. Juni.

Das nächste Heft soll Anfang Oktober in größerer Stückzahl rauskommen und bei den anarchistischen Veranstaltungen der Alternativen Orientierungstage (ALOTA) an der Uni Jena verteilt werden.

Wir freuen uns immer über Feedback und Kritik. Die ist ja notwendig, um Fehler zu erkennen und zu vermeiden und sich weiterzuentwickeln. Und wir freuen uns umso mehr, wenn sie nicht nur (mit böser Absicht) hinter dem Rücken geäußert wird, sondern uns auch erreicht. Dafür gibt es eine Mailadresse mit GPG-Verschlüsselung (den Schlüssel schicken wir auf Anfrage):

aibj@riseup.net

Oder ganz traditionell:

AIB Jena
c/o Infoladen Jena
Schillergässchen 5
07745 Jena

Die älteren Ausgaben findet ihr unter:
samizdatarchiv.noblogs.org

Eigentumsvorbehalt Nach dem Eigentumsvorbehalt ist das Heft so lange Eigentum des Absenders, bis es der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird das Heft dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

[Bewegungsgeschichte]

Medizin-Studis in Aktion (Seite 3)

[Aus den letzten Monaten]

Bewegungs-Nachrichten (Seite 6)

Schellen, Hausbesuch und Sponti nach Nazi-Übergriff (Seite 8)

Gefangenen-Infos (Seite 10)

Verweigerung der Anstaltskost in der JVA Tonna (Seite 13)

[Aus den laufenden Kämpfen]

Häuserkämpfe in Jena (Seite 15)

FAU - Wer sind wir? Was wollen wir? (Seite 22)

CATI Labour Struggle (Seite 26)

[Anstehendes]

Kommende Termine (Seite 30)

Aufruf: Antifa ist Landarbeit (Seite 31)

[Analyse]

Klassenkampf an der Uni (Seite 34)

[Internationales]

Lehrer_innen-Streik und Aufstand in Mexiko (Seite 38)

Helft Emma Goldman auf dem Weg zurück nach Haus! (Seite 42)

[Stabiles]

Termine und Orte (Seite 44)

Helft Emma Goldman auf dem Weg zurück nach Haus!

von der AIBJ-Redaktion

Emma Goldman, ist als jugendliche russische Jüdin in die USA emigriert, war dort als Anarchistin und Feministin aktiv, wurde für ihre Beteiligung an der revolutionären Arbeiter_innen-Bewegung mehrfach in den Knast gesteckt. 1917 wurde sie nach Russland abgeschoben und unterstützte dort erst die Revolution. Nach dem Aufstand von Kronstadt 1923 kritisierte sie offen den bolschewistischen Terror. Später ging sie nach Spanien, um die spanische Revolution zu unterstützen. 1940 starb sie in Toronto.

Goldman ist heute die bekannteste Anarchistin. Ihre Texte und Bücher werden von Vielen gelesen. Die meisten ihrer Texte schrieb sie auf Englisch. Seit 2014 bemüht sich die Moskauer anarchistische Verlagskooperative "Radikale Kritik und Theorie" um die Übersetzung von Emma Goldmans Autobiografie ins Russische. Darüber versuchen sie unter anderem eine klare anarcho-feministische Perspektive innerhalb der osteuropäischen anarchistischen Szene zu stärken. Alle bisher übersetzten Kapitel werden frei verfügbar auf der Internetseite des Projekts veröffentlicht: www.emmagoldman.be. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage und anti-extremistischer Gesetze gegen radikale Literatur in Russland sind die Genoss_innen auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um das Goldman-Projekt durchzuführen. Auf der selben Internetseite sind die Möglichkeiten zum Spenden angegeben.

"Radikale Kritik und Theorie" wurde 2008 als anarchistische Verlagskooperative gegründet mit dem Ziel, grundlegende klassische wie aktuelle Texte der anarchistischen Bewegung in den russophonen Ländern zu verbreiten und dafür gegebenenfalls zu übersetzen. Bisher hat "Radikale Kritik und Theorie" folgende Autor_innen rausgegeben: Peter Gelderloos, Crimethinc, Ihar Alinevich, Piotr Ryabov, Daniel Guérin, Alexandr Volodarski, David Graeber, Patrice Jones, Emma Goldman, Iwanow-Rasumnik u.a.

Die Verlagskooperative ist für die anarchistische Bewegung in den russophonen Ländern von großer Bedeutung. Sie bemüht sich trotz aller Schwierigkeiten (in einigen Ländern wie Weißrussland müssen die Bücher im Untergrund von Hand zu Hand weitergegeben werden), den Kanon an anarchistischer Bewegungsliteratur mitzugestalten und zu vervollständigen und die Debatten und theoretischen Auseinandersetzungen auf ein höheres Niveau zu heben.





Medizin-Studis in Aktion: Die Proteste und der Hungerstreik gegen die Abwicklung der Medizinischen Akademie Erfurt im November und Dezember 1992

von Kevin

1992 wurde die geplante Abwicklung der Medizinischen Akademie Erfurt (MAE) bekannt gegeben. Dagegen bildete sich eine massive Protestbewegung, deren Aktionsrepertoire von Demos bis hin zum Hungerstreik reichte und die sich als Fortsetzung der Erfurter Donnerstagsdemos¹ verstand. Sie konnte sich nicht durchsetzen. Die staatliche MAE wurde Ende 1993 dicht gemacht. Die Lücke wurde durch ein privates Versorgungskrankenhaus geschlossen.

Gescheiterte Widerstände der 90er

In den letzten Jahren werden verstärkt die Antifa- und Hausbesetzer_innen-Legenden aus den 90ern rausgekratzt. Ein Verständnis dieser Zeit allein als Abwehrkampf der Antifa gegen Nazis und deutschen Mob greift aber zu kurz. Nach der Wende setzte in Ostdeutschland eine durchgreifende kapitalistische Umstrukturierung ein (zunächst vom fordistischen DDR-Staatskapitalismus hin zu einer Peripherie innerhalb des postfordistischen Kapitalismus in der BRD): Deindustrialisierung, Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit und Auswanderung gen Westen. Sicher stimmt es, dass die Unzufriedenheit damit vor allem in eine rechte und nationalistische Richtung politisiert wurde („Wir haben nichts und den Ausländern geben sie alles!“) und viel zu selten Kämpfe gegen die Angriffe von Staat und Kapital geführt wurden. Trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass es dennoch Protest- und Widerstandsbewegungen gegen die dauerhaften Abwicklungen und Massenentlassungen gab – auch in Thüringen. 1990 wurden die Kaligruben im Werra-gebiet von den Arbeiter_innen besetzt. 1991 protestierte eine Jugendbewegung zum Erhalt des Radiosenders DT64. In Bischofferode besetzten die Kali-Kumpel

1993 die Betriebe und machten einen Hungerstreik. 1996/1997 kam es zu Protesten, Wald- und Kranbesetzungen gegen den Bau der Thüringer Waldautobahn. Letzten Endes ist der Großteil dieser Bewegungen gescheitert. Teil dieser Geschichte sind auch die Proteste und der Hungerstreik zum Erhalt der Medizinischen Akademie Erfurt (MAE).

Die Medizinische Akademie Erfurt (MAE)

Die MAE wurde 1954 gegründet. Während der Wende 1989 gab es ein paar Demokratie-Arbeitsgruppen und Runde Tische und eine Demo gegen Personalmangel, tatsächlich gefolgt von Neueinstellungen. Außerdem wurde eine Vertretung des medizinischen Personals gegründet, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn stark machen sollte. 1992 wurde die MAE in Medizinische Hochschule Erfurt (MHE) umbenannt, kurz darauf wurde bekannt, dass sie geschlossen werden sollte. Die Begründung: Thüringen habe keine Geld für zwei Medizin-Hochschulen (Erfurt und Jena). Die medizinische Versorgung solle durch ein neu zu gründendes Krankenhaus übernommen werden.

Die Protestbewegung und der Hungerstreik der 12 Student_innen

Schon im Juni 1992 bildet sich eine breite Bürgerbewegung unter dem Slogan „Rettet die Medizinische Akademie“. Am 30. Oktober 1992 demonstrieren Jenaer Student_innen vor dem Thüringer Landtag, weil sie befürchten, dass die MHE durch den Abbau der Uni Jena erhalten würde. In Erfurt bildet sich ein „Studentenrat“ mit Zentrale im Student_innenwohnheim. Der Studentenrat

organisiert von Anfang November bis Anfang Januar mehrere Demos, mit bis zu 20.000 Demonstrant_innen am 12. November 1992. Diese werden weithin als Fortsetzung der Erfurter Donnerstagsdemos von 1989 verstanden. Er organisiert zudem eine Auto-Demo bis 400 Autos inklusive aller Rettungsfahrzeuge der MHE.

Am 9. November gibt es eine Menschenkette um den Landtag. Am selben Tag beginnen 2 Studentinnen und 10 Studenten in der damaligen Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, genau gegenüber vom Landtag, einen Hungerstreik. Am 12. November 1992 wird im Landtag die Schließung der MHE bis Ende 1993 beschlossen. Am selben Tag protestieren 20.000 Menschen auf dem Domplatz. Am 14. November erklärt der Rektor der MHE den Hungerstreik der Student_innen eigenmächtig für beendet. Sie erfahren davon aus der Presse. Desillusioniert beschließen sie am 15. November den tatsächlichen Abbruch des Hungerstreiks. Die von den Student_innen organisierten Donnerstagsdemos gehen mit bis zu 8000 Leuten bis Anfang 1993 weiter.

Die Umstrukturierung von Gesundheitsversorgung und Universitätswesen in Erfurt

Die MHE wird bis 1994 abgewickelt, dabei kommt es zu zahlreichen Entlassungen. 1994 wird stattdessen ein Krankenhaus mit Maximalversorgung eingerichtet, getragen zunächst zu 51% von der Stadt und zu 49% von der privaten GfK Krankenhausmanagement GmbH Teltow. 1997 übernehmen dann die Helios-Kliniken, das größte private Krankenhausunternehmen Europas, 51% der Anteile und 2002 den Rest. Wieder eine erfolgreiche Privatisierung.

Die Student_innen werden 1994 an der Uni Jena immatrikuliert, dürfen aber noch bis 1996 in Erfurt studieren. Die Einzelbibliotheken werden schon 1994 abgewickelt, die Zentralbibliothek an die Thüringer Universitäts- und Landes-

bibliothek (Thulb) angegliedert und Ende der 90er geschlossen. 1994 wird die Uni Erfurt mit sozialwissenschaftlichem Profil und ohne Medizin-Fakultät neugegründet. In der Konkurrenz der Universitätsmedizin zwischen Jena, Leipzig, Halle, Göttingen und Kassel hat Erfurt den kürzeren gezogen.

Zum Scheitern der Protestbewegung

Zum Zeitpunkt der Abwicklung zählte die MHE aufgrund der Schließung zahlreicher Betriebe bereits zu den größten Arbeitgeberinnen Erfurts. Die Proteste der Mitarbeiter_innen, Student_innen und Erfurter „Bürger_innen“ für den Erhalt der MHE widersetzten sich dem Abwertungsprozess der ostdeutschen Arbeiter_innen über Massenentlassungen und Privatisierungen. So eine klassenkämpferische und staatsfeindliche Sicht hatten die Beteiligten selbst freilich nicht. Der dominierende Diskurs der Tage war klar demokratisch-staatsbürgerlich und leistungsorientiert. Es ging den Leuten um die gute Ausbildung und die „Demokratie“. Eine weitergehende politische Perspektive (Klassenkampf, Selbstorganisation etc.) fehlte völlig, ebenso das Wissen um oder die Bereitschaft zum Repertoire der direkten Aktion, z.B. Uni-Besetzung, konfrontative Aktionen etc. Entsprechend gingen die Student_innen ein breites Bündnis mit Vertreter_innen von Stadt und Staat und Politiker_innen sogar noch aus der CDU ein, erschöpfte sich die Bewegung im Appell an die Herrschenden und fanden die Proteste keine Fortsetzung in irgendeiner Form. Wenigstens waren sie nicht so krass nationalistisch wie die Montagsdemos ab Dezember 1989.

Während der Proteste und des Hungerstreiks, die sich wie bereits erwähnt als Fortführung der Donnerstagsdemos von 1989 sahen, wurde die „demokratische Protestkultur“ von 1989 zunehmend eingeschränkt. Das Plaktieren in Straßenbahnen wird verboten, die Bullen werden strenger, der Repressionsdruck auf den Widerstand wächst, der Hungerstreik wird von Politiker_innen

lungen mit der CNTE eingelassen. Die CNTE bleibt jedoch skeptisch. Sie sieht in den Verhandlungen in erster Linie eine Strategie, zur Verschleppung und Zähmung des Widerstands. Nichtsdestotrotz haben bisher mehrere Dialoge stattgefunden. Gleichzeitig hat das Bildungsministerium Verhandlungen mit der größeren und moderaten Lehrer_innengewerkschaft SNTE angefangen. Die SNTE könnte einem faulen staatlichen Kompromis gesellschaftliche Legitimität verschaffen und so der Streik- und Widerstandsbewegung in den Rücken fallen.

Aufbau einer breiten Bewegung

Die Zapatist_innen haben den Lehrer_innenstreik von Beginn an unterstützt. Sie haben ihre Beteiligung an einem Bewegungsfestival abgesagt und das Essen, was sie währenddessen konsumiert hätten, den streikenden Lehrer_innen in Chiapas geschickt.

Am 9. Juli lud die Sektion 22 der CNTE in Oaxaca zu einem Zusammenkommen der Lehrer_innen und indigener Aktivist_innen ein, mit dem Ziel, ein gemeinsames „Programm der Völker gegen die Strukturreformen“ zu erarbeiten. Als Ergebnis des Treffens reiste eine „Karawane der indigenen

Völker“ vom 17. bis 19. Juli nach Mexiko-Stadt. Auch in Chiapas bemühen sich Aktivist_innen der Lehrer_innen-Gewerkschaft, sich mit den Eltern und Aktivist_innen der verschiedenen Gemeinschaften zu treffen. Ebenfalls in Chiapas demonstrierten am 19. Juli 52 Kirchengemeinden, die der christlich-sozialrevolutionären Befreiungstheologie angehören, in Solidarität mit den Lehrer_innen.

Fazit bisher

Die Proteste und Blockaden gehen bis heute, Anfang August, weiter. Zusätzlich zu den 12 Toten vom 19. Juni stirbt ein weiterer Lehrer an seinen Wunden und wird der Anarchist und Journalist Salvador Olmos García von den Bullen hingerichtet. Damit sind bisher 14 Menschen während des Lehrer_innen-Streiks gestorben. Der Lehrer_innen-Streik zeigt gut, wie hoch das Konfrontations- und Eskalationsniveau im Klassenkampf in den kapitalistischen Peripherien und ehemaligen Kolonien ist. Dort haben sich militante Massenbewegungen entwickelt, mit denen, mit deren Organisationsmodellen, Kampferfahrungen und Ideentraditionen auseinanderzusetzen sich lohnt.



Die "Karawane der indigenen Völker" zieht durch Nochixtlán



Oaxaca am 22. Juni 2016: Bullen gegen Lehrer_innen

Eskalation und das Massaker von Nochixtlán

Am 11. Juni griffen 1000 Bullen ein Protestcamp der Lehrer_innen in Oaxaca an, am nächsten Tag wurden Gewerkschaftsführer der CNTE verhaftet und später in Hochsicherheitsgefängnisse verlegt. Daraufhin, ab dem 12. Juni, bauten die Lehrer_innen unterstützt von der Bevölkerung im ganzen Bundesstaat von Oaxaca Barrikaden und Straßenblockaden auf, die den Verkehr effektiv lahmlegten. 37 Hauptknotenpunkte wurden so blockiert. Der Effekt war ähnlich wie beim Paro Nacional in Kolumbien oder einem Generalstreik die Lahmlegung des gesamten Bundesstaats. Nicht einmal die Bullen kamen mehr voran, woraufhin sie angingen, Polizeieinheiten über Flughäfen und Häfen in den Bundesstaat zu bringen.

Am 19. Juni ging die mexikanische Bundespolizei zum Angriff über. Bei der Räumung der Blockade in Nochixtlán kommt es zu vierstündigen Straßenschlachten. Nach Tränengas und Gummigeschossen setzen die Bullen scharfe Munition ein und richten ein Massaker an: 9 Menschen sterben am selben Tag, zwei Tage darauf im

Krankenhaus, 45 werden verwundet, 22 sind verschwunden. Sie marschieren in die Stadt ein, besetzen Krankenhäuser, die Straßenschlachten gehen weiter, in der Stadt wird ein weiterer junger Mann erschossen und stirbt. Andernorts wird ein Journalist unter ungeklärten Umständen erschossen.

Offener Aufstand

Nach dem 19. Juni werden auch im Nachbarstaat Chiapas und anderen südlichen Staaten Brücken- und Straßenblockaden und riesige Protestcamps errichtet. Neben Massendemos besetzten Lehrer_innen und Eltern tageweise Mautstellen und lassen Autos kostenlos passieren. Die Regierung beginnt, die Internetverbindungen zu stören und Gas- und Benzinlieferungen zurückzuhalten, lässt weiterhin Blockaden von Bullen und Paramilitärs räumen, verhaftet Lehrer_innen, kriegt die Situation aber nicht unter Kontrolle. Generell stehen die Lehrer_innen schon lange nicht mehr alleine auf den Barrikaden, sondern werden massenhaft von der Bevölkerung unterstützt.

Verhandlungen

Nach den Ereignissen von Anfang Juli hat die Regierung sich auf Verhand-

als „Terror“ gewertet und letzten Endes wird die Abwicklung durchgedrückt. Entsprechend groß war die Enttäuschung. In der Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks der Student_innen heißt es: „Wir setzen den Hungerstreik mit der bitteren Erkenntnis aus, daß eine Demokratie, um die 1989 gekämpft wurde, in Thüringen nicht existent ist“. Es wurde in den folgenden 20 Jahren nicht geschafft, an dieses Gefühl, verarscht worden zu sein, in eine staatsfeindliche und klassenkämpferische Richtung anzuknüpfen. Stattdessen sehen wir, wie es von der AfD und den Nazis in Erfurt in den letzten drei Jahren überaus erfolgreich für ihre „konservative Revolution“ („Merkel

muss weg! Lügenpresse! Widerstand!“) politisiert wird.

Kurzer Nachtrag

Schön und gut der Hungerstreik, aber hat doch alles mit Anarchismus nichts zu tun, könnte man sagen. Stimmt auch. Aber ich finde, als Anarchist_innen sollten wir uns nicht nur auf gewisse Ideologien und politische Identitäten beziehen und aus ihnen lernen, sondern auch auf die durchaus widersprüchlichen Kämpfe der Unterdrückten, von denen wir ja selbst auch ein Teil sind. Beides zusammengenommen könnte uns ein ganzes Stück weiterbringen.

(1) In Leipzig gingen Ende September 1989 die Montagsdemos statt, in Erfurt dagegen fanden die Protestdemos ab Oktober 1989 donnerstags statt, um Leipzig keine Konkurrenz zu machen.



Die Alte Zahnklinik in der Nordhäuser Straße 78 in Erfurt befindet sich seit ihrer Schließung 1994 im zunehmenden Zerfall.

Bewegungs-Nachrichten

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

2.6. Statement einiger albanischer Familien aus Jena vor ihrer "freiwilligen Ausreise"

Familien aus Albanien, Makedonien und dem Kosovo haben mit Unterstützung des Break-Deportation-Netzwerks ein Statement veröffentlicht, in dem sie gegen die anstehende "freiwillige Ausreise", zu der sie gedrängt wurden, protestieren. Nachzulesen hier: <http://breakdeportation.blogspot.de/2016/06/11/ihr-versteht-nicht-dass-wir-nicht-zurueck-koennen-statement-einiger-familien-aus-den-balkanstaaten/>

6.6. Feministisch-antifaschistische Demo gegen den Abtreibungsgegner_innen-"Schweigemarsch" in Annaberg-Buchholz

500 Leute störten den "Schweigemarsch für das Leben" der christlichen Fundamentalist_innen auf deren Demo-Route und Abschlusskundgebung. Es gab Redebeiträge verschiedener Gruppen. Für mehr Infos siehe den Bericht von pro Choice Sachsen unter <https://linksunten.indymedia.org/de/node/181716>

9.6. Urteil gegen Nazi-Jugendliche aus Winzerla

Drei Jungs aus der Winzerlaer Nazi-Jugendclique, die am 16. Juni 2015 die drei indischen Studenten zusammengeschlagen hatten, wurden vom Jugendschöffengericht in Jena wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Chris, dessen Kame-rad_innen während seiner U-Haft durch ein "Freiheit für Chris"-Transpi auf sich aufmerksam machten, hat aufgrund weiterer Straftaten 4 Jahre Jugendstrafe gekriegt.

12./13.6. Antifa-Prügel und Soli-Sponti nach Angriff auf Flüchtlinge am Gries

Die 5 Rechten, die am 12.6. abends Flüchtlinge vorm Containerlager an der Griesbrücke angegriffen haben, werden erst von diesen zurückgeschlagen, anschließend von den Bullen kontrolliert, von Antifas verprügelt und am nächsten Tag steht eine Spontan-Demo mit 140 Leuten vor der Haustür des einen. Siehe auch den Bericht auf Seite 9.

20.6. Arbeitskampf am CATI-Labor des Soziologie-Instituts

Studentische Arbeiter_innen am CATI-Labor der Uni Jena fordern ein Ende der Scheinselbstständigkeit, d.h. ordentliche Verträge statt Werkverträge, arbeitsrechtliche Mindeststandards und ein besseren Lohn. Zumindest die Werkverträge, hat das Soziologie-Institut in seiner Stellungnahme versprochen, soll es künftig nicht mehr geben. Siehe auch den Artikel Seite 16.

28./29.6. Soli-Aktion für die Rigaer Straße 94

Nach der Räumung der Kater-Schmiede in der Rigaer Straße in Berlin und der Einrichtung eines polizeilichen Ausnahmezustands vor Ort kommt es zu zahlreichen Soli-Aktionen in Deutschland. In Jena bewerfen Leute den neusanierten Bonzen-Bunker am Magdelstieg mit Farbe und besprühen ihn mit Botschaften. Ein Transpi wird an den Balkon des Hauses in der Carl-Zeiß-Straße 11, das 2014 besetzt und geräumt worden war, gehangen.

20.7. Antifa-Protest gegen Thügida-Kundgebung auf dem Markt

260 Leute protestieren gegen ein Dutzend Thügidist_innen auf dem Markt von Jena. Die Luft scheint bei den Nazis gerade ein bisschen draußen zu sein. Der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch am 17.8. soll wohl wieder ein Schwung in die Sache bringen.

sogenannten Drogenkrieg des mexikanischen Staats noch weiter vorangetrieben worden. Dieser richtet sich mehr gegen die eigene Zivilbevölkerung als gegen die Drogenkartelle. Die Aufrüstung der Armee und des polizeilichen Apparats, die polizeilich-militärische Besatzung ganzer Städte, die Einrichtung von Ausnahmezuständen, die extralegalen Hinrichtungen und Entführungen führen zur (para)militärischen Kontrolle und Disziplinierung der sozialen Bewegungen.

Erste Kampfaktionen und Repression

Vom bis 15. Mai bis Anfang Juni 2016 liefen einige starke Streikaktionen, die sich in Mexiko üblicherweise nicht auf innerbetriebliche Aktionen beschränken, sondern sich auf den öffentlichen Raum ausweiten und von weiteren Teilen der Gesellschaft unterstützt werden: Effektive Verhinderung des Schulbetriebs, Demos mit anfangs Zehntausenden, später Hunderttausenden von Leuten

vor allem in Mexiko-Stadt, Chiapas und Oaxaca, ein Riesen-Protestcamp vorm Innenministerium in Mexiko-Stadt, Blockadeaktionen von Autobahnen und vom internationalen Flughafen. Dabei wurden die Lehrer_innen von den Eltern, Bäuer_innen und Student_innen unterstützt. Die Eltern blockierten die Schulen und ließen Streikbrecher-Lehrer_innen nicht rein, Student_innen und Bäuer_innen nahmen an den Massendemos teil, ebenso die Eltern der ermordeten 43 Student_innen.

Der Staat hat von Anfang an Gespräche verweigert, die Reformen für unverhandelbar erklärt und Tausende von Bullen gegen den Streik eingesetzt. Seit dem 19. Mai wurden die Demos mit Tränengas und Gummigeschossen sowohl vom Boden als auch von Helikoptern aus angegriffen. Das Protestcamp in Mexiko-Stadt musste mehrere Male dem Repressionsdruck weichen und umziehen, den streikenden Lehrer_innen wurde mit Kündigungen gedroht



Massendemo im Mexiko-Stadt nach dem Massaker von Nochixtlán

Vom Lehrer_innen-Streik in Oaxaca zum landesweiten Aufstand in Mexiko

von Kevin

Mitte Mai haben die Lehrer_innen der radikalen mexikanischen Lehrer_innen-Gewerkschaft CNTE einen Streik gegen staatliche Bildungsreformen und mit weitergehenden Forderungen angefangen. Nach dem staatlichen Massaker beim Bullen-Angriff auf die Straßenblockade von Nochixtlán Mitte Juni hat sich die Streikbewegung weiter ausgebreitet und zu einem Aufstand verallgemeinert.

Der Beginn des Lehrer_innen-Streiks

Seit 2012 versucht der neue mexikanische Präsident Peña Nieto eine Bildungsreform durchzusetzen, die die weitere Standardisierung und Privatisierung des Bildungssystems sowie die Entmachtung der Lehrer_innen-Gewerkschaft SNTE vorsieht. Die Reform ist Teil eines Pakets an Umstrukturierungsmaßnahmen, das dem mexikanischen Staat von der Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung und der Weltbank im Gegenzug für Kredite des Internationalen Währungsfonds auferlegt wurde. Die Lehrer_innengewerkschaft SNTE hat 1,3 Millionen Mitglieder. 200.000 davon gehören der CNTE an, einer radikalen und dissidenten Strömung innerhalb der SNTE.

Um dieses Reformvorhaben zu verhindern, befinden sich die 200.000 Lehrer_innen der radikalen CNTE seit dem 15. Mai im unbefristeten Streik. Sie fordern weiterhin: mehr Investitionen ins Bildungswesen, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Gerechtigkeit für die 43 Student_innen, die im Herbst 2014 von Bullen und Drogenmafia hingerichtet worden waren sowie ein Ende aller neoliberalen Strukturreformen. Damit haben sie Forderungen anderer Widerstandsbewegungen der mexikanischen Gesellschaft aufgegriffen.

Rückblick: Die Kommune von Oaxaca

Um die Eskalation des Kampfes der Lehrer_innen zu verstehen, lohnt ein Blick zurück in die Vergangenheit. Im Mai 2006 beginnen die Lehrer_innen einen Streik gegen die Unterbezahlung des Lehrpersonals und die Unterfinanzierung des Bildungswesen im ländlichen Raum. Als am 14. Juni 3000 Bullen das Protestcamp der streikenden Lehrer_innen auf dem zentralen Platz von Oaxaca räumen wollen, solidarisieren sich die Leute aus dem Viertel und es kommt zu stundenlangen Straßenschlachten. Die Bullen werden vertrieben und die Volksversammlung der Völker von Oaxaca (APPO) wird gegründet. Anfang August besetzt die Aufstandsbewegung immer mehr Radio- und Fernsehstationen wie auch Regierungsgebäude. Im August intensiviert die Regierung ihren paramilitärischen Terror gegen die Bewegung, Barrikaden werden in und um die Stadt errichtet, die jegliche polizeilichen Operationen verunmöglichen. Auf dem Höhepunkt stehen in Oaxaca 3000 Barrikaden. Ende Oktober rückt die Bundespolizei in die Stadt ein und setzt der fünfmonatigen Selbstverwaltung im Aufstand ein Ende. Es dauert aber noch einen Monat, bis die Bullen die militanten Straßenkämpfe unterdrücken können. Insgesamt sterben wohl mindestens 26 Menschen während des Aufstands.

Der Aufstand von Oaxaca macht zwei Sachen deutlich. Wie schnell die gesellschaftlichen Widersprüche in den rebellischen südlichen Bundesstaaten von Mexiko, speziell in Oaxaca, zu aufständischen Situationen führen. Und wie der mexikanische Staat diese Widersprüche in Zusammenarbeit mit Paramilitärs militärisch verwaltet. Die Militarisierung der mexikanischen Gesellschaft ist seit 2006 mit dem

23.7. Gefangenenprotest in der JVA Tonna

In der Justizvollzugsanstalt Tonna bei Gotha verweigern über 200 Häftlinge seit dem 23.7. das Mittagessen. Aufgrund von Umbauarbeiten in der Anstaltsküche hat die Knastleitung einen externen Catering-Service engagiert, der die Gefangenen mit dem letzten Fraß beliefert. Sie fordern eine anständige Nahrungsvorsorgung und werden von der GG/BO-Soligruppe Jena unterstützt. Siehe Seite 13.



Der Frauen/Lesben/Trans/Inter-Frontblock bei der antifaschistisch-feministischen Demo in Annaberg-Buchholz am 6. Juni 2016

Neues aus der Crime City Jena

Die OTZ berichtete am 4. Juli von folgendem, schwerwiegenden Verbrechen:

Wie die Landespolizeiinspektion Jena berichtet, ist am Sonntagabend gegen 20.00 Uhr in Jena die Motorhaube eines Kleinwagens durch ein junges Paar beim Liebesspiel beschädigt worden. Anscheinend war es den beiden unmöglich, ihr offenbar sehr dringendes Bedürfnis nach körperlicher Nähe in der Kahlaischen Straße im Zaum zu halten.

Die Beamten berichten wie folgt: "Nachdem beide bereits an einer Bushaltestelle beim Sex gesehen worden waren, setzten sie dies offenbar auf dem unter einem Carport abgestellten Kleinwagen fort." Bei der Anzeigenaufnahme fanden Polizeibeamte darauf "ein typisches Spurenbild" bestehend aus "Wisch- und Fingerspuren".

Jena: Schellen, Hausbesuch und Sponti nach Naziübergriff

erschienen am 14.6.16 auf linksunten.indymedia¹

Am Abend des 11.6. kam es am Containerlager für Geflüchtete am Griebparkplatz in Jena-Ost zu einem Naziübergriff. Die Polizei stellte zwei der Angreifer. In derselben Nacht wurden die Nazis noch von einer Gruppe Vermummter angegriffen und verletzt. Am nächsten Tag (12.6.) stand eine Antifa-Sponti von 140 Leuten bei einem der Faschos vor der Haustür und demonstrierte danach unangemeldet durch die Stadt.

Burschen, Nazis, Bier an der Saale: Deutschland in Höchstform

Die Nazis hatten zuvor offenbar ein Trinkgelage am Camsdorfer Ufer an der Saale veranstaltet, wo sich laut Beobachter_innen zur selben Zeit auch Burschenschaftler u.a. von der Rhennia mit Biertischgarnituren breitgemacht haben sollen. Danach zogen 5-6 Nazis zum nahegelegenen Containerlager am Grieb, wo sie Geflüchtete rassistisch beschimpften, „White Power“ grölten und mit Steinen und Flaschen bewarfen. Tiefe Beulen an den Containern zeugten am nächsten Tag von der Schlagkraft der Würfe, die glücklicherweise niemanden trafen. Nachdem die Polizei zwei der Täter, die grölend weitergezogen waren, vor ihrer Wohnung aufgriff und Anzeigen wegen Beleidigung und versuchter gefährlicher Körperverletzung aufnahm, kehrte ein Streifenwagen mit einem der Täter zurück zum Lager. Einer der Nazis behauptete nun, die Geflüchteten hätten sich ihrerseits mit einem Steinwurf gewehrt, weshalb die Polizei Ermittlungen gegen die Geflüchteten aufnahm.

Nazis nachts abgefangen

Als die Polizei ihre Arbeit verrichtet hatte, mithilfe der Nazis aus den Betroffenen Täter_innen zu machen, liefen die Nazis in Richtung Stadt. Auf dem Steinweg trafen sie dann wohl auf

eine Gruppe schwarz Vermummter, die ihnen non-verbal vermittelte, was sie von Nazischlägern halten. Zwei Nazis wurden verletzt. Die Angreifer_innen entkamen unerkannt, bevor die Polizei erneut wegen der Nazis anrückte.²

Sponti und Hausbesuch: Eric Bohn, Clara-Zetkin-Str. 14 - Nazischläger aus der Deckung holen

Am nächsten Tag versammelten sich ca. 100 Menschen am Grieb, um sich mit den Geflüchteten zu solidarisieren. Zunächst wurde sich im Lager per Mikrofon und Übersetzung in drei Sprachen darüber ausgetauscht, was vergangene Nacht geschehen war. Die Geflüchteten schilderten die Angriffe und die Wiederkehr der Polizei mit einem der Täter, um Anzeigen gegen die Geflüchteten aufzunehmen. Sie schilderten jedoch auch frühere rassistische Übergriffe, die sie oder Freund_innen in Jena betrafen. Danach wurde beschlossen, eine Spontandemo abzuhalten. Ein Streifenwagen, der zwischenzeitlich bereits vor dem Lager parkte, war zu dem Zeitpunkt wieder weg. Da mittels solidarischer antifaschistischer Netzwerke bereits Name und Adresse eines der Täter bekannt geworden war, beschloss die Demo, ihm einen kleinen Besuch abzustatten. Auf direktem Weg wurde die Wiesenstraße überquert und nach Unterquerung der Bahnleihe in den Spitzweidenweg eingebogen. Dort wurden in Redebeiträgen die Anwohner_innen über ihren Nazinachbarn und dessen nächtliche Übergriffe aufgeklärt, bevor direkt vor sein Haus gezogen wurde: Vor der Clara-Zetkin-Straße 14, dem Wohnort des am Übergriff beteiligten Nazis Eric Bohn, hielt die Demo, immer noch ohne Polizeibegleitung, eine Kundgebung ab. Viele Nachbar_innen öffneten ihre Fenster, um wahlweise zuzuhören, überrascht nachzufragen, zu filmen oder auch den Mittelfinger zu zeigen. Die Botschaft der zu diesem

sitäre Verwaltungsregime und seine Transformation drehen, z.B. in Form der Besetzung der Uni Jena und der Bildungsproteste 2009 oder der Bemühungen 2014, die Diskriminierung ausländischer Studierender durch die Uni Jena zu thematisieren und anzugehen.

Selbstorganisation

Die Grundlage für Selbstorganisation an der Uni sehen wir in einer generellen kämpferischen und Verweigerungshaltung. Die Uni darf nicht, wie in Jena oft der Fall, als Lebensmittelpunkt und Ort der Selbstverwirklichung gesehen werden, sondern eben als ein spezifisches Feld von Widerstand und Klassenkampf. Entsprechend gilt es zu versuchen, sich der ständigen Einbindung im Laufe des Studiums oder der Arbeitskarriere und der Beteiligung an der Verwaltung der Widersprüche an der Uni zu entziehen und zu widersetzen.

Ein weiteres Hindernis für Selbstorganisation an der Uni ist der Studierendenrat. Viele aktive Studierende engagieren sich in den universitär-demokratischen Referaten und Arbeitskreisen. Das bietet sicher gewisse Vorteile, z.B. die Finanzierungsmöglichkeiten, führt aber dazu, dass keine eigenen, autonomen Bewegungsstrukturen an der Uni aufgebaut werden.

Es gibt verschiedene Modelle der Selbstorganisation von Studierenden und Arbeiter_innen an der Uni. Das klassische Modell wäre die Basisgewerkschaft. Das kann eine Hochschulgewerkschaft für Alle nach dem revolutionär-unionistischen Modell sein, wie z.B. die unterbau in Frankfurt,

das können aber auch eine Arbeitsgruppe oder ein Branchensyndikat innerhalb einer Gewerkschaft für alle Berufe nach dem anarcho-syndikalistischen Modell sein, wie z.B. die Bildungs-Sektionen und -AGs der FAU. Eine zweite Möglichkeit der Selbstorganisation besteht in autonomen Studierendengruppen wie es sie in Deutschland nicht wirklich, dafür aber in anderen Ländern, z.B. Griechenland, gibt. Diese Gruppen setzen an der gemeinsamen Lage als Studierende oder studentische Arbeiter_innen an, beziehen oder beschränken sich aber nicht auf Arbeitsverhältnisse, sondern können auch den Kampf um die Inhalte, den antifaschistischen Kampf an den Instituten, den antirassistischen Kampf gegen die Diskriminierung ausländischer Studierender und andere führen.

Und Jena?

In Jena gibt es dahingehend, um es positiv zu formulieren, noch viel Potenzial. Obwohl Jena eine ausgewiesene Uni-Stadt ist und ein großer Teil der Szene studiert, gibt es im Grunde keine autonomen Strukturen, seien es eine Hochschulgewerkschaft oder autonome Studi-Gruppe. Das hat man Ende 2013 bei den Stepagainst-Protesten gegen die Kürzungswelle an der Uni Jena gemerkt. Die Proteste blieben von Anfang bis Ende liberal, es gab keine ernsthaften radikalen Mobilisierungs- und Organisationsversuche. Die FAU Erfurt/Jena hat mit der offenen Bildungs-AG nun ein Angebot gemacht. Bleibt abzuwarten, wie das angenommen wird und sich entwickelt.

Ergebnis radikaler Kämpfe um Anerkennung und Veränderung. An verschiedenen Instituten gibt es deswegen heute Nischen für kritische Forschung und Lehre, an denen sich einige wenige radikale Dozent_innen und sich politisierende Student_innen auf inhaltlicher Ebene austoben können. Von einigen wird die Uni deswegen als Stützpunkt für die Bewegung gewertet. Als solcher kann sie aber erst durchgehen, wenn sich die radikale akademische Theoriebildung in mehr als nette Konferenzen oder Kampagnen-Spektakel, nämlich in handfeste soziale- und Klassenkämpfe und langfristige Selbstorganisationsprozesse übersetzt. Das sehen wir momentan nur bedingt gegeben. Im Gegenteil, in vielen Städten akademisiert sich die Szene und tut sich äußerst schwer damit, aus dem universitären Ghetto auszubrechen und mit anderen Gruppen in Austausch zu treten.

Kämpfe an der Uni

Für uns stellt die Uni also insgesamt eine für unseren eigenen Interessen und Bedürfnissen feindliche Umgebung dar. Die Frage ist, wie wir unsere Lage an der Uni politisieren, wie wir diese Feindschaft auch von unserer Seite her zuspitzen und Angriffe gegen den und innerhalb des Uni-Apparats organisieren können.

Schauen wir uns die letzten 50 Jahre an, können Kämpfe an der Uni auf zwei Ebenen ausgetragen werden, nämlich um die Inhalte und um die Arbeitsverhältnisse. Auf der einen Seite gibt es die Auseinandersetzungen um die Inhalte sowohl innerhalb als auch außerhalb des Uni-Betriebs. Ein Beispiel für die Infragestellung etablierter Forschung und Lehre, den Angriff auf das Herrschaftswissen und die Durchsetzung einer dissidenten Strömung sind die Studierenden-Streiks an der amerikanischen Uni von Berkeley. Dort wurden 1969 nach einem zweimonatigen Streik von Schwarzen und anderen Minderheiten-Studierenden sowie Lehrpersonal, nach der Ausrufung

eines „extremen Ausnahmezustands“ auf dem Campus, Riots und Massenverhaftungen die Ethnic Studies, das heißt Studien zur Geschichte unterdrückter und kolonisierter Bevölkerungsgruppen, eingeführt. Als diese 1999 zusammengekürzt werden sollten, organisierten Studierende wieder wochenlange Proteste inklusive einen Hungerstreik. Beispiele für autonome Selbstbildung außerhalb des offiziellen Uni-Betriebs wären die Alter-Uni, die es in Jena einige Jahre lang gab, die autonomen Lesekreise und selbstorganisierte Vorträge sowie die Alternativen Orientierungstage (ALOTA), die in Jena seit 2014 jährlich zu Wintersemesterbeginn organisiert werden.

Im Bereich der Arbeitskämpfe gibt es in Deutschland zurzeit Bemühungen kleinerer radikaler Gruppierungen, den Prekarisierungsprozess zu sabotieren und kleinere Kämpfe um konkrete Verbesserungen anzustoßen. In Frankfurt/Main gab es 2015 zwei Hiwi-Streiks. Daraus ist 2016 die unterbau-Initiative für den Aufbau einer Hochschulgewerkschaft für alle Arbeiter_innen (Mittelbau, Hiwis, Ausgelagerte) entstanden. In Jena gab es im Sommer 2016 einen Konflikt von studentischen Arbeiter_innen und der FAU am CATI-Labor der Soziologie, woraufhin sich nun die offene Bildungs-AG der FAU Erfurt/Jena gegründet hat. Die großen Gewerkschaften (im Uni-Bereich v.a. die GEW) dagegen unterbinden über Appelle an die politische Elite und technokratisches Klagen die Selbsttätigkeit und offensive Kämpfe der Arbeiter_innen und versuchen, sich weiterhin als Vermittlungsinstanz zwischen Staat und Arbeiter_innen zu behaupten. In Jena werden sie wohl bald das große Betteln um die Einführung des Tariflohns für Hiwis losgehen, den die Linksregierung im Koalitionsvertrag mal versprochen hatte.

Der Kampf um die materiellen Verhältnisse an der Uni beschränkt sich nicht bloß auf die Arbeitsverhältnisse, sondern kann sich auch um das univer-



Zeitpunkt ca. 140 Menschen, darunter mehrere Gruppen Geflüchteter vom Gieß, war unmissverständlich: „Wenn ihr unsere Freund_innen angreift, kommen wir zu euch nach Hause!“

Burschenschaften, AfD-Abgeordnete und Nazikneipen - Nazis die Rückzugsräume nehmen

Als auf der Camburger Straße mehrere Wannen eintrafen, versuchten die Bullen, eine_n Verantwortliche_n für die Demo zu finden, womit sie scheiterten. Sie beschränkten sich nach kurzer Nachfrage, in welche Richtung es gehen solle, darauf, den Verkehr zu regeln. Die Demo zog nun zur Burschenschaft Rhenania am Spittelplatz, um deren Rolle am vorherigen Abend und deren Institution als nationalistischer, chauvinistischer Männerbund zu kritisieren. Die nächste Station war das Wohnhaus von Wiebke Muhsal, Landtags-Abgeordnete der AfD im Bibliotheksweg 1a. Ihr Haus ist seit mehreren Monaten dank nicht entfernter früherer Farbbeutelwürfe unverfehlbar.³ Hier wurde ebenfalls in einem Redebeitrag auf ihre Rolle innerhalb rassistischer Mobilisierungen verwiesen. Nachdem die Demo in die Innenstadt gezogen war, gab es eine kurze Zwischenkundgebung am Holzmarkt, wo Cafébesucher_innen

über die Vorfälle des Vorabends aufgeklärt wurden, aber auch die örtliche Kneipe „Gilde“ thematisiert wurde. In dieser sammeln sich immer wieder Chauvinisten und Nazis zum Trinken vor und nach Fußballspielen oder AfD-/Thügida-Aufmärschen. Pöbeleien sind regelmäßig und auch Übergriffe gab es in diesem Jahr schon aus der „Gilde“ heraus. Zum Abschluss zog die Demo über den Steinweg zur „Grünen Tanne“, Sitz der Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller und wiederholte Gastgeberin örtlicher AfD-Versammlungen. Darüber wurde die gut besuchte Außenterrasse aufgeklärt und unsere zukünftigen Pläne für das ansehnliche Gebäude ausgebreitet: Ein Soziales Zentrum mit Wohnraum für Geflüchtete! Mit Sprechchören „Burschen vertreiben - Flüchtlinge bleiben!“ zog die Demo dann zurück zum Lager am Gieß, wo bei einsetzendem Regen noch ein paar Absprachen mit den Bewohner_innen hinsichtlich zukünftiger Aktionen getroffen wurde. Die Bullen, die sich die gesamte Zeit über angesichts ihrer paar verfügbaren Wannen und Beamten_innen auf Verkehrsregelung beschränkt hatten, bekundeten noch verhalten ihre Überforderung mit der relativ großen und flotten Spontandemo und fuhren dann davon.

(1) <https://linksunten.indymedia.org/de/node/181998>

(2) Thüringer Landeszeitung: Angreifer später selbst angegriffen: Solidaritätsdemo für Asylbewerber in Jena, <http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Nach-Angriff-auf-Asylbewerber-Spontane-Solidaritaetsdemo-in-Jena-Update-1368958721>

(3) Demo der AfD in Jena - Autonom begrüßen, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/165834>

Gefangenen-Infos

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

Hunger- und wilde Streiks der US-Häftlinge gehen weiter. Landesweiter Aktions- und Streiktag gegen die Knast-Sklaverei am 9. September

Am 5. Juni haben Häftlinge in Wisconsin einen Hungerstreik gegen die Isolationshaft angefangen. Erst hat die Knastleitung die Hungerstreikenden voneinander isoliert, dann, am 17. Juni, sogar angefangen, sie zwangszuernähren. Am 1. August ist in Holman/Alabama wieder eine Revolte ausgebrochen. Gefangene haben einen Schlafsaal übernommen, Feuer gelegt, Barrikaden gebaut. Er wurde am selben Tag niedergeschlagen, die Aufständischen wurden isoliert. Drinnen und draußen laufen die Vorbereitungen für den US-weiten Streik- und Aktionstag gegen die Knastsklaverei am 9. September. Die GG/BO hat für den Tag in Leipzig eine Solidkundgebung vorm US-Konsulat organisiert.

15. Juni Freilassung der LAUtonomia-Aktivistin Yu

Yu wurde nach einem Monat Haft gegen Angabe ihrer Personalien entlassen. Sie war wegen Widerstands und Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Monaten verurteilt worden und sollte sie wegen der Verweigerung der Personalienabgabe absitzen.

Seit 24. Juni Freiheit für die Baseler 8!

Am 24. Juni fand in Basel eine "wilde Demo" (bei uns: Scherbendemo) gegen Rassismus, Repression und Gentrifizierung statt. 14 Leute wurden verhaftet, 7 in U-Haft gesteckt, die Anfang August verlängert wurde. Am 10. August wurde eine weitere Person vorgeladen und in U-Haft überführt. Kontakt zur Soligruppe unter antirep-basel@riseup.net. Finanzielle Unterstützung an

AntiRepressions-Gruppe Basel
4000 Basel
PC 60-425124-0

30. Juni Schikanen gegen türkische Kommunistin und Gefangene Gülaferit Ünsal

Gülaferit Ünsal, wegen angeblicher Mitgliedschaft in der türkischen Partei DHKP-C nach §129b verurteilt, wird in der Berliner JVA Lichtenberg weiterhin von Mithäftlingen und Wärterinnen schikaniert. Ihre Soligruppe machte darauf aufmerksam: <http://soligruppeguelaferituensal.blogspot.de/>

Seit 7. Juli Aaron und Balu in U-Haft

Bei der Rigaer-Solidemo "Investitorenträume platzen lassen" wurden 86 Leute festgenommen, zwei sitzen bis heute in U-Haft. Die U-Haft von Aaron und Balu wurde bis heute verlängert. Briefe an:

Aaron:
Buchnr.: 1777/16/7 (als Ersatz für Namen)
Balu:
Buchnr.: 1776/16/8 (als Ersatz für Namen)

JVA Moabit
10559 Berlin
Alt Moabit 12a

8. Juli Isolationshaft gegen GG/BOLer Oliver Riepan

Oliver Riepan, ein enger Genosse von Georg Huß in der österreichischen Justizanstalt Graz-Karlau und seit Monaten im Protest-Hungerstreik, wurde am 8. Juli in Iso-Haft gesteckt. Hinzu kommen Zellenrazzien, verweigerte Besuche von Journalist_innen. Ihr



Der Campus der Uni Jena. Noch ein Ort zum Rumhängen und Socialisen, hoffentlich schon bald Brennpunkt von Selbstorganisation und offensiven Kämpfen.

schreibungen der Aufträge miteinander konkurrieren müssen. Effektive Arbeitskämpfe an der Uni werden damit erschwert. Ein Großteil der wissenschaftlichen Zuarbeit und zunehmend auch infrastrukturelle Aufgaben werden von studentischen Arbeiter_innen, den sogenannten Hiwis gestellt. Ihre Arbeitskraft ist stark abgewertet. Sie bekommen zumeist nur den Mindestlohn, in der Regel werden ihnen Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorenthalten, unbezahlte Überstunden werden oft vorausgesetzt. Viele der Studis machen das in der Hoffnung mit, die Hiwi-Jobs ebneten ihnen den weiteren akademischen Karriere-Weg.

(3) Gleichzeitig stellt die Uni neben dem Schulsystem, den Medien, der Gedenkstätten- und Museenlandschaft einen ideologischen Apparat dar. Sie produziert die Ideologie, die die Bevölkerung entgegen aller Widersprüche und Herrschaftsverhältnisse innerhalb eines kapitalistischen Staats zusammenhält. Diese Ideologie ist auf keinen Fall einheitlich, sondern nimmt verschiedene, teils rivalisierende Formen an, in Jena z.B. die autoritär-konservative Strö-

mung mit ihrer Hochburg in den Politikwissenschaften und die demokratisch-sozialistische Strömung der Soziologie. Sie alle eint, dass sie den Staat als Apparat und als gesellschaftliches Verhältnis nicht infragestellen. Radikale Gegenströmungen werden in der Regel informell in internen Konkurrenzkämpfen und formell über die Extremismusklausel herausgedrängt.

(4) An der Uni wird Herrschaftswissen produziert, das anschließend in verschiedenen Bereichen Anwendung findet. Das Angebot reicht von Versuchen der Gewerkschaftsforschung zur Modernisierung der bürokratischen Gewerkschaften über neue Technologien zur effizienteren Rohstoffnutzung und Transformation des Energieregimes bis hin zu Erkenntnissen der Massenpsychologie in puncto intelligente Aufstandsbekämpfung, Rüstungstechnologien und Überwachungstechniken.

(5) Unserer Erfahrung nach ist die Uni zusätzlich ein Apparat zur Einbindung radikaler Bewegung. Diese Einbindung ist in vielen Fällen das widersprüchliche

Klassenkampf an der Uni

von der AIBJ-Redaktion

Im folgenden Textchen wollen wir kurz klarstellen, welche Sicht wir auf die Uni haben, welche Rolle sie unserer Meinung nach in der Verwaltung des Kapitalismus spielt, wie wir unsere eigene Lage an der Uni einschätzen und wo wir Widerstandspotenzial und Perspektiven für Organisation und Kämpfe sehen. Weil der Text nicht zu lang werden sollte, haben wir uns an vielen Stellen kurz gefasst. Falls es Erwidern oder weiterführende Diskussionsbeiträge zum Thema „Klassenkampf an der Uni“ geben sollte, können wir natürlich gerne den einen oder anderen Punkt weiter ausführen.

Wir selbst haben diese Ansichten aus unser eigenen Erfahrung als Studierende, studentische Arbeiter_innen und Studien-Abbrecher_innen gewonnen. Es sei gleich zu Beginn gesagt, dass wir uns bewusst sind, dass das studentische Leben im Vergleich zu anderen Klassenlagen gewisse Vorteile hat. Aber daraus zu schließen, dass wir allgemein "privilegiert" seien und nicht rumjammern sollte, halten wir für falsch. Nur weil ein Kontext anders ist als andere und es immer schlimmer geht, sollten wir die jeweils besonderen Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen nicht aus den Augen verlieren. Darum geht es hier.

Uni im Kapitalismus

Wir betrachten die Uni nicht als den Ort, wo wir uns verwirklichen und unsere Bedürfnisse wie z.B. unseren Wissensdurst befriedigen können, sondern in erster Linie als einen staatlichen bzw. staatstragenden Apparat mit Vielfachfunktion für die Verwaltung des postfordistischen Kapitalismus, d.h. für die Gesellschaft, in der wir heute leben (müssen).

(1) Die Uni ist schon lange keine Institution ausschließlich zur Repro-

duktion der herrschenden Klassen mehr. Seit der Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre ist sie zusätzlich zu einem Apparat zur Verwaltung eines spezifischen, in gewisserlei Hinsicht durchaus privilegierten Teils der Arbeiter_innenklasse geworden. Der Kapitalismus wird zunehmend komplexer und differenziert sich weiter aus (immer weitere Arbeitsteilung, beschleunigter technologischer Fortschritt). In dem Kontext werden angehende Kultur-, Bildungs-, Gesundheits-, Verwaltungs-, Kreativ-, technische Fach- und andere Arbeiter_innen an der Uni ausgebildet (mit entsprechenden Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet), diszipliniert (in die Arbeitsabläufe eingetaktet und auf Selbstdisziplin getrimmt, Stichwort: Friedolin) und (über Märkte der Möglichkeiten, Karriereschulen, Messen, Praktika etc.) den verschiedenen Funktionen und Posten zugewiesen.

(2) Die Uni ist selbst so etwas wie ein Großbetrieb. Dieser befindet sich in einer grundlegenden kapitalistischen Umstrukturierung. Über das staatliche Austeritätsprogramm, die zunehmende Konkurrenz der Unis um Fördergelder (Stichwort: Exzellenz-Initiative), die Verpflichtung zur Drittmittelinwerbung (also von privaten Sponsorengeldern) und den Aufbau von Privathochschulen, d.h. im Rahmen einer allgemeinen Privatisierung des Uni-Apparats und der Intensivierung des akademischen Arbeitsprozesses, transformieren sich die Arbeitsverhältnisse innerhalb des Uni-Betriebs. Der Mittelbau (Dozent_innen, Lektor_innen etc.) wird durch zunehmende Arbeitsanforderungen und Prekarisierung (befristete Verträge) zu mehr Produktivität in der Wissensproduktion angehalten und diszipliniert. Die grundlegenden infrastrukturellen Aufgaben wie Sauberkeit, Essen, Sicherheit etc. werden outgesourct. Die Arbeiter_innen werden damit von externen Firmen angestellt, die in regelmäßigen Abständen in Neuaus-

könnte ihm schreiben:

Oliver Riepan
JA Graz-Karlau
Herrgottwiesgasse 50
A - 8020 Graz

11.-21. Juli Hungerstreik von 47 Gefangenen in der JVA Würzburg

47 Gefangene in Würzburg haben einen zehntägigen Hungerstreik für Methadon-Substitutions-Programme, Telefonate, ein Ende der Arrestbehandlung und für Haftzeitverkürzung durchgeführt. Sie wurden von André Moussa durch einen Solidaritätshungerstreik und die GG/BO unterstützt.

20. Juli Freilassung von Clumsy, Turtel weiter in Haft.

Gute und schlechte Nachrichten von den Gefangenen des Lausitzer Braunkohlewiderstands. Clumsy wurde am 20. Juli nach 3 Monaten U-Haft zu einer Geldstrafe verurteilt und entlassen. Turtel, seit dem 14. Mai in Haft, sitzt noch. Briefe gehen an:

JVA Ebrach
Moritz Neuner
Marktplatz 1
96157 Ebrach

Seit 23. Juli Gefangenenprotest in der JVA Tonna

Über 200 Häftlinge im thüringischen Knast von Tonna verweigern seit Ende Juli das Mittagessen. Sie fordern eine anständige Nahrungsversorgung. Der Protest hält bis heute an und wird von der GG/BO-Soligruppe Jena unterstützt. Siehe auch Seite 13.

29. Juli Freilassung von Bernd Heidbreder

Nach über zwei Jahren Haft in Venezuela ist Bernd Heidbreder endlich entlassen worden. 2014 wurde er nach knapp 20 Jahren auf der Flucht vom Interpol in Venezuela aufgespürt und in den Knast gesteckt. Die BRD forderte seine Auslieferung. Heidbreder war Mitglied der autonom-militanten Gruppe "Das Komitee". Im April 1995 mussten er und seine zwei Genossen nach dem gescheiterten Versuch, den Rohbau des Abschiebeknastes in Berlin-Grünau in die Luft zu sprengen, türmen und in den Untergrund gehen.

1. August GG/BO skandalisiert Zensur gegen GG/BOler Afaq Sajid in JVA Freiburg

Seit Mitte Juni wurde dem Sprecher der GG/BO in Afaq Sajid der JVA Freiburg die Aushändigung von Material der Gefangenengewerkschaft verweigert. Die GG/BO und der GG/BOler gehen auf der Rechtsschiene und politisch-öffentlich dagegen vor. Kontakt zum Kollegen

Afaq Sajid
Hermann-Herder-Straße 8
79104 Freiburg

4. August Festnahme von Kostas Sakkas und Marios Seisidis

Die griechischen Anarchisten Kostas Sakkas und Marios Seisidis wurden am 4. August bei Sparte von Bullen festgenommen. Dabei wurden sie angeschossen und verletzt. Seisidis befand sich seit 2006 aufgrund eines Haftbefehls wegen eines Banküberfalls auf der Flucht. Sakkas hatte die letzten 2,5 Jahre im Untergrund gelebt. Angeblich sei er Mitglied der Verschwörung der Feuerzellen. Sowohl er als auch die Mitglieder der Feuerzellen haben klargemacht, dass das nicht stimmt. 2013 hatte Sakkas bereits einen erfolgreichen Hungerstreik für seine Freilassung und gegen die widerrechtlich überzogene U-Haft von 30 Monaten gemacht.

THE STRUGGLE CONTINUES



Erst Anfang Juni zielten in Gera zwei Männer mit einer Schusswaffe auf eine vermeintlich Geflüchtete, die mit ihrem Kind unterwegs war. Aktionen wie diese und die Tatsache, dass ein großer Aufschrei mittlerweile ausbleibt, machen klar, dass die rassistische Dauerbeschallung Wirkung zeigt und in breiten Teilen der Bevölkerung angekommen ist.

Eine Gegenöffentlichkeit kann immer schwerer aufgebaut werden. Die wenigen verbleibenden linken oder alternativen Projekte im Umkreis kämpfen mit massiven Bedrohungsszenarien und Überfällen durch Nazis, mangelnder Solidarität und der Willkür der Stadtbehörden.

Stadt, Land, Fluss verteidigen!

Stellvertretend für alle Provinzen, die von den gleichen Problemen betroffen sind und in Solidarität mit den Menschen, die dort jeden Tag eingeschüchtert, bedroht, angegriffen, gedemütigt und am Leben gehindert werden, wollen wir für antifaschistische Strukturen und

linke Freiräume auf die Straßen gehen. Wir wollen den Grundstein für eine kontinuierliche antifaschistische Präsenz in der Provinz legen.

Lasst uns den Nazis zeigen, dass ihnen die Straßen, auf denen sie sich momentan so wohlfühlen, nicht gehören. Zeigt im Schulterchluss mit der Provinz, dass es sich lohnt, für antifaschistische Inhalte zu kämpfen.

Setzt ein Zeichen mit uns, dass die ostdeutschen strukturschwachen Regionen noch nicht aufgegeben sind, dass sich Antifaschismus und der Kampf ums Ganze nicht nur in den Metropolen abspielen.

Wir rufen dazu auf, am 10.09.2016 gemeinsam mit einer Demonstration die Provinz zu fluten und im Anschluss bei einem linken Hoffest mit Musik Kontakte zu knüpfen und den Tag ausklingen zu lassen.

Weitere Infos folgen hier und auf dem Aktionsblog:
<http://landarbeit.blogspot.de/>.



Platte in Gera-Bieblach-Ost 1993. Vielleicht bald ein neues Hausprojekt?

ständnis und der nüchterne Blick auf die Situation vor Ort.

Auch mit einer einzelnen antifaschistischen Demo unter Beteiligung großer Gruppen ist selten viel erreicht, wenn sich von den 500 erschienenen Menschen 470 am selben Abend wieder in ihren komfortablen Kiez und ihre Szenelokale zurückziehen. Solche Demonstrationen, die einmal im Jahr die Käffer fluten, machen ansässigen Neonazis aber zumindest ihre Wohlfühlzonen für den Moment streitig.

Die in örtlichen Kleinstgruppen Agierenden jedoch müssen ihre Kämpfe jeden Tag führen, begegnen Nazis und anderen politischen Gegnern ständig im Alltag und sind nach größeren Aktionen oft genug wieder sich selbst überlassen.

Eine große Demo kann allerdings gleichsam helfen, Menschen zu gewinnen, die noch nicht in dem Maße politisiert sind wie wir bzw. mit linksradikalen Ideen sympathisieren, aber noch nicht organisiert sind.

Dennoch reicht das natürlich lange nicht aus. Wenn wir den Kampf ums Ganze führen und die Verhältnisse in Frage stellen wollen, können wir uns nicht auf Kieze beschränken, sondern müssen auch die Auseinandersetzung mit und in der Provinz angehen.

Wir wollen lokale Gruppen besser vernetzen, Recherchestrutturen ausbauen, Regionalplena organisieren und die Kommunikation verbessern, um in die Lage zu kommen, auch kurzfristig handlungsfähiger zu werden.

Es ist notwendig, Freiräume zu erkämpfen und Anlaufpunkte zu schaffen. Viele provinzielle Regionen kommen über den Versuch, solche Räume aufzubauen nicht hinaus, weil Projekte im Keim erstickt werden - sei es durch permanente Angriffe von Nazis oder seitens der örtlichen Behörden, die sich alle Mühe geben, Steine in den Weg zu legen.

Umso mehr sind diese Orte und Projekte essentiell, damit von ihnen ausgehend die Provinz inhaltlich und (sub-)kulturell mit Leben gefüllt werden kann.

Genau hier braucht es aber die fortwährende Unterstützung durch starke städtische Strukturen und den Willen, dass alle Hand in Hand arbeiten, um antifaschistische Räume zu gestalten.

Warum am 10.09. nach Gera?

Gera scheint alle Eigenschaften der (nicht nur) ostdeutschen Provinz in sich zu vereinen: Eine zu großen Teilen desinteressierte Zivilgesellschaft, Nazis, die sich praktisch bewegen können wie sie wollen, eine mehr und mehr aussterbende Kulturlandschaft, Wegzug vieler Engagierter in die Ballungsgebiete und Hochschulstädte und ostdeutsches Spieß- und Wutbürgertum.

Als das Rechtsrockfestival Rock für Deutschland vor einigen Jahren noch florierende, war dieses Event immerhin einmal im Jahr ein Grund für Antifaschist*innen nach Gera zu reisen.

Das Rock für Deutschland ist seit 2014 Geschichte, an dessen Stelle sind Veranstaltungen getreten, die sich zwar aus dem gleichen Spektrum generieren, für Gegenproteste aber weitgehend uninteressant sind. Sogenannte Bürgerinitiativen wie Wir lieben Gera, Wir lieben Ostthüringen oder Thügida konnten in der Vergangenheit oftmals unwidersprochen durch Gera marschieren und den Boden bereiten für eine Vielzahl von Angriffen auf linke Projekte, geflüchtete Menschen und Antifaschist*innen.

Die Akteure sind tief in der Naziszene verwurzelt und bestens mit dem Umland, den Städten, Gemeinden und Dörfern vernetzt. Ausgehend von Orten wie Gera und Greiz fahren die Faschist*innen Woche für Woche von Kaff zu Kaff und tragen ihre Menschenfeindlichkeit und ihren Rassismus in die Provinzen Thüringens, Sachsens und Sachsen-Anhalts.

Gefangenenprotest in der JVA Tonna

Texte der GG/BO-Soligruppe Jena

Wir drucken die zwei Texte der Jenaer Soligruppe für die Gefangenengewerkschaft zum laufenden Protest in der JVA Tonna ab. Tonna liegt bei Gotha. Mehr Infos: gefangenensolijena.noblogs.org

Massiver Gefangenenprotest in der JVA Tonna. Seit bereits zehn Tagen Verweigerung der Anstaltskost.

von der GG/BO-Soligruppe Jena, 1. August 2016

Seit Jahren herrscht unter den Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Tonna Unzufriedenheit mit den Haft- und Lebensbedingungen. Immer wieder brechen daher Proteste aus. Erst im August und September 2012 sowie im Dezember 2013 kam es zu Hungerstreiks mehrerer Gefangener aufgrund der unzureichenden medizinischen Versorgung, des überbeuerten Fernsehprogramms und schikanöser Disziplinarmaßnahmen.

Jetzt brodelt es wieder. Anlass ist dieses Mal die Nahrungsversorgung. Aufgrund von Umbauarbeiten in der Anstaltsküche wurde ein externer Catering-Service engagiert. Die Häftlinge sind sich einig: Das „Essen“ ist der schlechteste Fraß, der ihnen jemals vorgesetzt wurde. Es handelt sich um ungewürzte Mini-Portionen in Alu-Assietten. Deswegen verweigern seit dem 23. Juli wohl Hundert bis Zweihundert Gefangene das Essen. Daran beteiligen sich auch Mitglieder der GG/BO sowie Häftlinge, die mit der GG/BO zusammenarbeiten und mit denen wir in Kontakt stehen.

Unserem Wissen nach wurden zumindest die Häftlinge im Offenen Vollzug verpflichtet, zu unterschreiben, dass sie sich die Assietten um 12:00 selbst abholen und persönlich um 12:30 gereinigt wieder abgeben.

Laut unseren Informationen versucht die Anstaltsleitung teilweise, die Gefangenen zu erpressen. Wer nicht esse, dürfe nicht arbeiten, bekäme folglich seinen Hungerlohn nicht und auch keine Freisteller (d.h. keine erlassenen Hafttage pro gearbeitete Tage).

Das Austeritätsprogramm des deutschen Staats, Schäubles berühmte „Schwarze Null“, stellt einen Angriff auf das Lebensniveau von allen von uns dar und bedeutet für jede und jeden von uns Einschränkungen. Am härtesten trifft es aber die Gefangenen. Mit ihnen, glaubt der Staat, alles machen zu können. Freizeit- und Sportprogramme werden gestrichen, für Telefonate, Einkäufe und Fernsehen werden ihnen von Monopolanbietern in Zusammenarbeit mit den Anstalten exorbitante Preise und Gebühren auferlegt und nun wird ihnen sogar eine anständige Ernährung verweigert. Jetzt, wo sie sich auflehnen, müssen wir sie unterstützen, denn das Einsparen an allen Ecken und Enden betrifft jeden und jede von uns - nur gemeinsam können wir dem etwas entgegensetzen!

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen:

1. Schluss mit dem Catering-Fraß, anständige Ernährung für die Häftlinge!
2. Sofortige Einstellung der Erpressung der widerständigen Gefangenen!

Wir rufen dazu auf, die Gefangenen in ihrem Protest zu unterstützen. Fragt z.B. bei der Justizvollzugsanstalt oder direkt beim Justizministerium nach, wann sie endlich auf anständige Nahrungsversorgung umstellen und die Erpressungen sein lassen.

Justizvollzugsanstalt Tonna
Im Stemker 4
99958 Tonna
Tel.: 036042 / 770
Fax: 036042 / 77107
E-Mail: poststelle@jvatonna.thueringen.de

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt
Tel.: 0361 3795-000
Fax: 0361 3795-888
E-Mail: poststelle@tmmjv.thueringen.de

Gefangenenprotest in der JVA Tonna geht weiter: Immer noch über 200 verweigerte Mittagessen täglich von der GG/BO-Soligruppe Jena, 10. August 2016

Am 23. Juli 2016, vor bald drei Wochen, haben die Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Tonna angefangen, aufgrund seiner schlechten Qualität das Mittagessen zu verweigern. Im Zuge von Umbauarbeiten in der Anstaltsküche wurde ein externer Catering-Service engagiert. Die Portionen sind viel zu klein, die Qualität des Essens vollkommen unzureichend, außerdem wird es in Alu-Assietten serviert. Mittlerweile ist dazu in der Thüringer Allgemeine auch ein Artikel erschienen. Die Inhaftierten setzen ihre Verweigerung bis heute fort. Laut unseren Informationen hat die Anstaltsküche der Justiz am 5. August 2016 exakt 214 Verweigerungen der Annahme des Mittagessens registriert. Die Gefangenen fordern nicht mehr und nichts weniger als eine anständige Essenversorgung.

Viele von ihnen beschwerten sich darüber, dass das Essen aufgrund der Alu-Assietten einen Metall-Geschmack annimmt. Der Zahnarzt der Anstalt hat das in einem Aushang bestätigt. Darin behauptet er allen Ernstes, der Metall-Geschmack käme nicht von den Aluminium-Assietten, sondern von Zahnplomben. Die Häftlinge machen sich Sorgen über ihre Gesundheit. Schließlich gab es in den letzten Jahren immer wieder Diskussionen über die Schädlichkeit und das Krebsrisiko von Aluminium, zuletzt in Bezug auf Kosmetika und Deo. Diese Sorgen sind durchaus berechtigt. Das Bundesinstitut für Risikobewertung empfiehlt, Essen nicht in Aluminium aufzubewahren.

Die seit bald drei Wochen anhaltende Verweigerung des Mittagessens stellt die Gefangenen vor ernsthafte Probleme. Sie müssen sich nun selbst versorgen. Angesichts der vollkommen überbelegten Preise der gefängnisinternen Läden und des Hungerlohns, mit dem sie für ihre Arbeit hinter Gittern abgespeist werden, ist das für Viele nicht so einfach möglich.

Von Seiten des thüringischen Justizministeriums oder der JVA Tonna ist bisher keine Stellungnahme erfolgt. Als Minister Dieter Lauinger (Grüne) am 10. August bei seinem Besuch in Meiningen auf den Protest in der JVA Tonna angesprochen wurde, antwortete er darauf, es sei ja bloß eine Übergangsmaßnahme und es handle sich ja um keinen richtigen Hungerstreik.

Unsere Solidarität gilt unseren Kollegen, den Gefangenen und ihrem Widerstand in der JVA Tonna. Wir fordern die Anstaltsleitung dazu auf, endlich eine anständige Essenversorgung zu gewährleisten.

Gera: Antifa bleibt Landarbeit - Strukturen in der Provinz schaffen und verteidigen

Veröffentlicht Anfang Juni auf linksunten und auf landarbeit.blogspot.de

Zur Situation in der Provinz

Antifaschistische Strukturen in der Provinz basieren meist auf persönlichen Kontakten und auf kleinen subkulturellen Milieus. Sie sind überschaubar und beschränken sich in der Regel auf konkretes Handeln zu gegebenen Anlässen. Eine inhaltliche Ausdifferenzierung, Debatten, Diskurse, Dissens wie in größeren Städten und Metropolen mit personell starken Gruppen können selten stattfinden. Antifa auf dem Land ist undogmatisch. Oft hängt die Arbeit vor Ort stark an einzelnen Personen. Ein Rück- oder Wegzug Einzelner kann die Handlungsfähigkeit lokaler Gruppen einschränken oder gar zum Erliegen bringen.

Die Überschaubarkeit der Szenen führt unweigerlich auch zu einem höheren Risiko einzelner Agierender – Aktionen können sowohl von politischen Gegnern als auch von staatlichen Repressionsorganen leichter zugeordnet werden. Von Vorteil ist, dass auch mit verhältnismäßig wenig Aufwand schnell Öffentlichkeit hergestellt werden kann; dass Deutungshoheiten in der Provinz bei überschaubarer Anzahl anderer Akteur*innen einfacher gewonnen werden können. Konzerte, Vorträge und Pressearbeit gestalten sich teilweise unkomplizierter und erfolgreicher. Dies gilt aber auch für den politischen Gegner.

Die extreme Rechte macht sich dies momentan besser zu Nutze. Akteur*innen ziehen bewusst in die Provinz, schaffen und stärken Strukturen und können den öffentlichen Raum, das Klima eines Provinznestes entscheidend beeinflussen, oft sogar bestimmen.

Aufgrund der Job- und Studienlage, aber nicht zuletzt auch eben wegen des politischen Klimas und einer Armut an subkulturellen (und damit identitätsstiftenden) Angeboten, zieht es linke

Jugendliche tendenziell in die Metropolen, in Hochschulstädte und Ballungsräume. Gleichzeitig hemmt die Abwanderung aus der Provinz das Entstehen von attraktiven Strukturen - ein Teufelskreis.

Neonazis hingegen erwerben Landgasthöfe und Gehöfte, eröffnen Szenelokalitäten dort, wo wenig Gegenwehr erwartet wird, und arbeiten auf national befreite Zonen hin, die außer bei gelegentlichen „Strafexpeditionen“ der städtischen linken Szene relativ unbehelligt auf- und ausgebaut werden können.

Antifaschistische Arbeit auf dem Land funktioniert aufgrund der provinziellen Verhältnisse und einer weit verbreiteten konservativen bis reaktionären Grundhaltung in ländlichen Gegenden grundsätzlich etwas anders, so dass dies auf Szenen beispielsweise in Leipzig, Jena oder Berlin durchaus befremdlich wirken kann.

Vernetzung und Bündnisarbeit sind in der Provinz notwendiger und wichtiger, da die wenigsten Gruppen aus dem Stand eine kritische Masse an Menschen mobilisieren können. So bleibt den Aktiven oft nichts anderes übrig, als mit Ortsgruppen von zumindest halbwegs progressiven und integrierten Parteien wie LINKE, SPD, B90/ Die Grünen, Gewerkschaften, Kirchen und Bürgerbündnissen zusammenzuarbeiten. Die sich daraus ergebenden inhaltlichen und programmatischen Einschränkungen sind für die Kommunikation mit (groß-)städtischen Gruppen bzw. für die Mobilisierung von Antifaschist*innen und radikalen Linken aus den Ballungsräumen hinderlich.

Diesen fehlen durch ihre beneidenswerten gefestigten Szenen und etablierten Strukturen aber auch das Ver-

Kommende Termine

Auswahl von der AIBJ-Redaktion

14.07.-30.08. in Weimar: Anarchistische Veranstaltungsreihe "Unter der schwarze Fahne"

Bereits seit Mitte Juli läuft in Weimar eine Veranstaltungsreihe zu Anarchismus. Mehr Infos unter: unterderschwarzenfahne.blogspot.de. Noch ausstehende Veranstaltungen:

17.08. in der Stadtbibliothek: Vortrag zu Anarchosyndikalismus in Sömmerda

22.08. im Lichthaus: Film zu Anarchosyndikalismus in Sömmerda

25.08. im Nike-Haus: Vortrag zu Linksregierung und autonomen Kämpfen in Griechenland

30.08. im Lichthaus: Offene Abschlussveranstaltung

15.-22.8. im Leipziger Westen: Soziale Kampfbaustelle

Einwöchiges Camp zu sozialen und Klassenkämpfen von unten. Mehr Infos und das volle Programm: aufbauen.blogspot.eu

16.8, 12:30, vorm Amtsgericht Erfurt: Solidarität mit Karsten

Prozess gegen Karsten, der am 1. Mai 2015 in Erfurt gegen die NPD auf der Straße war. Treffen 12:30, Prozessbeginn 13:00 im Sitzungssaal 9. Es ist mit intensiven Vorkontrollen am Einlass ins Gericht und vorm Sitzungssaal zu rechnen.

16.8., 17:00, Infoladen Jena: Offene Minijob-AG der FAU

Zur Selbstorganisation von Minijobber_innen, für Arbeitskämpfe im Minijobbereich. Mensch muss kein FAU-Mitglied sein, um mitzumachen.

17.8. ab Nachmittag in Jena: Antifa-Aktion gegen den Rudolf-Heß-Marsch von Thügida

Die Fascho-Demo soll von 19 bis 22 Uhr im Damenviertel stattfinden. Das "Läuft nicht"-Bündnis ruft zu einem Gegenprotest ab 17:00 am Busbahnhof auf.

18.8., 16:00, Infoladen Jena: Offene Bildungs-AG der FAU

Für alle (studentischen) Arbeiter_innen im Bildungsbereich und an der Uni. Neue Arbeitskonflikte an der Uni werden gemeinsam vorbereitet. Mensch muss kein FAU-Mitglied sein, um mitzumachen.

4.9., 16:00, Wohni (Jena): Sommerfest der FAU Erfurt/Jena

Zum Abschluss des Sommers veranstaltet die FAU ein kleines Grillfest. Für veganes Grillzeug und auch nicht alkoholische Getränke ist gesorgt.

9.9., 16:00, vorm Amerikanischen Generalkonsulat in Leipzig: Solidaritätskundgebung mit dem Knaststreik in den USA

Am 9.9., dem 45. Jahrestag der großen Knastrevolte von Attica, kommt es in den USA zu einem bundesweiten Gefangenenstreik gegen die Knast-Sklaverei. Die Gefangenengewerkschaft GG/BO hat eine Solidaritätskundgebung mit dem amerikanischen Gefangenenwiderstand organisiert. Der Aufruf in voller Länge: ggbo.de/vereint-gegen-die-knast-sklaverei-solidaritaet-mit-dem-gefangenenwiderstand-in-den-usa/

12.-18.9. Libertäre Tage in Dresden

Organisiert u.a. vom ABC Dresden und der neuen anarchistischen Gruppe Tabula Rasa. Das Programm wird bald veröffentlicht.

Das letzte Fleckchen Erde in Gefahr. Über Raumnot und das strategische Elend der Häuserkämpfe in Jena

von Horst

1. Hä? Häuserkämpfe in Jena?

Im beschaulichen, das heißt in erster Linie sozial befriedeten Jena gibt es Häuserkämpfe. Gemeint sind hier nicht die Besetzungen der Carl-Zeiss-Straße 11 (1.7.14), der Neugasse 17 (6.12.13), des ehemaligen Horten-Kaufhauses am Inselplatz (2008), der ehemaligen Polizeinspektion Am Anger (2001) oder die des ehrwürdigen „Hauses“ am Westbahnhof. Solch sporadisch wiederkehrende Besetzungen gehören zweifelsohne zu Häuserkämpfen, bilden aber nur einen kleinen Teil dieser – zumindest hier in Jena. Die Pfade zu den erträumten selbstverwalteten Räumen laufen für viele Aktivist*innen nicht direkt, sondern indirekt über Parlament und Verwaltung. Diese „Strategie“¹ möchte ich im Folgenden genauer unter die Lupe nehmen. Als mehr oder weniger aktuelle Beispiele hierfür dienen „Insel“, „Kulturwache“, sowie „Öko-Soziales Zentrum“.² Zuvor mache ich kurze Anmerkungen zum kommunal-politischen Kontext, unter dem diese Häuserkämpfe stattfinden.

Jena gilt im nationalen Vergleich als aufstrebende Stadt. Dass es sich nach der Deutschen Einheit so glänzend in der ostdeutschen Standortkonkurrenz behaupten konnte, stellt kein unergründliches Wunder dar. Kapitalinteressen werden stets mit Kuschhand bedient. Zudem begann die Umwandlung der hochindustrialisierten „Zonen-Stadt“ zur smarten Image-City schon Mitte der 90er Jahre, sodass die Weichen zur neoliberalen Kapitalakkumulation vergleichsweise früh gestellt waren. Hinter der Inszenierung als junger und hipper „Science City“, „Lichtstadt“ und „Wohlfühl-Paradies“ verbirgt sich eine von Stadtrat und insbesondere Stadtverwaltung gnadenlos forcierte Verdrängungspolitik. Für sich sprechen eingestellter Sozial-

wohnungsbau, Privatisierung kommunaler Immobilien(gesellschaften), Investition in prestigeträchtige Großprojekte, geförderte Sanierung von Fassaden ganzer Stadtteile, realitätsferne Höhe der Angemessenheitsgrenze für ALGII-Empfänger*innen, Imagekampagnen bei (angehenden) Jungakademiker*innen und Fachkräften, Ausbau von der vom Kapital benötigten Infrastruktur und künstliche Verknappung von Fördergeldern im Bereich Jugend und Kultur. Ein kurzer Blick auf die Finger der uns verwaltenden und repräsentierenden Eliten genügt, um zu sehen wer für diese in Jena 2030³ eine Zukunft hat.

2. Subkultureller Widerstand

Projekte wie „Insel“, „Kulturwache“ oder „Öko-Soziales Zentrum“ sind meines Erachtens Versuche solchen Entwicklungen subkulturelle Alternativen entgegen zu stellen.

2.1 Beispiel: Insel

Die stille und schleichende Aneignung des Gebäudes Inselplatz 9a als Hausprojekt soziokulturelles Zentrum ist im Kontext von Häuserkämpfen ein lehrreiches Beispiel.⁴ Seit Stadtverwaltung und Stadtrat bei der Umnutzung des Inselplatzes zu einem weiteren Uni-Campus baurechtlich Nägel mit Köpfen machten, richtet(e) sich der Protest der Bewohner*innen sowie ihres durchaus beachtlichen Unterstützer*innenumfeldes vermehrt gegen diese. Höhepunkt war eine „Stadtratsbesetzung“ im November 2013, die den parlamentarischen Vorgang um sage und schreibe eine Woche hinauszogerte. Zum eigentlichen Skandal wurde aber nicht die Verdrängung alteingesessener Bewohner*innen des Inselplatzes – nicht nur jene der Nr. 9a – zugunsten eines als abstraktes Allgemeinwohl

getarnten Kapitalinteresses sowie die vorwiegend stumme Abwicklung dessen. Thematisiert und durch Presse-Schreihälse wie Lutz Prager medial ausgeschlachtet wurde die Anmaßung durchgeknallter Hippies die Ehrwürdigkeit des parlamentarischen Ablaufes zu stören. Die Auflösung der Stadtratssitzung im Konfetti-Regen und lauter Techno-Musik – die Art und Weise ist sicherlich „Geschmackssache“ – hat einen Nerv staatlich-bürokratischer Appa-

parate getroffen: ihr Interesse am reibungslosen Ablauf.

In dieser Hinsicht war die Aktion gelungen, stünden ihr nicht zugleich eine symptomatische Planlosigkeit der sowie eine katastrophale Nachbereitung durch die Aktivist*innen entgegen. Die aufgefahrene Drohkulisse durch zahlreiche Unterstützer*innen wurde begleitet von appellativen Reden seitens der Bewohner*innen.⁵ Einerseits den parla-



Bild von der Insel-Soli-Stadtratsbesetzung 2013

mentarischen Ablauf zu stören, ihn zeitlich begrenzt unmöglich zu machen und andererseits Forderungen nach Repräsentation durch eben dieses Parlament zu stellen, d.h. unkritisch auf sein demokratisches Funktionieren zu hoffen⁶, vernichtet den politischen Mehrwert der Aktion umgehend. Zudem entpuppe sie sich im Nachgang schnell als Strohfeuer. Der medialen Nachbereitung – eine Disziplin, die staatliche Apparate bestens beherrschen – wurde wie so oft kein Wimpernschlag gewidmet. Warum die Erhaltung und der Kampf um solche(r) Räume wie dem Inselplatz 9a nicht nur im Interesse einer abgeschlossenen Subkultur ist, wurde an keiner Stelle deutlich. So dürfte bei den meisten Bewohner*innen Jenas lediglich der durch die vorherr-

schen Medien erzeugte Eindruck in Erinnerung geblieben sein. Das „Image“ des Inselplatzes 9a als „feierwütiger Jugendmob“ hat sich so durch die Stadtratsbesetzung sicherlich nicht verändert. Die politischen Eliten hatten leichtes Spiel und konnten die und weitere Aktionen der Insel als unrechtmäßige Anmaßung eines Sonderinteresses gegenüber dem Allgemeinwillen diskreditieren.

2.2 Beispiel: Kulturwache

Viele der folgenden Aktionen durch Insel-Aktivist*innen blieben dem Schema treu, einerseits auf die Einsicht des Stadtrates und andererseits auf die eigene subkulturelle Stärke hoffend (oder eine Kombination aus beidem).

Faktoren uns im Verlauf des CATI-Labour-Struggle das Leben schwer gemacht: Der Komplex aus Mitverantwortlichkeit und Ohnmacht der jeweiligen verschiedenen Instituts- und Uni-Ebenen, was es schwer macht, eine klare Angriffsfläche zu identifizieren. Die Fluktuation und Schnelllebigkeit an der Uni, was langfristige Organisationsprozesse, Erfahrungsweitergabe und größer angelegte Konflikte erschwert. Die persönlichen Abhängigkeiten und die Prekarität von Hilfskräften und Mittelbau. Und eine Mi-

schung aus hoher Belastung in Prüfungszeiten und Unzuverlässigkeit der einzelnen Beteiligten. Um diese Dinge irgendwie zu überbrücken, wurde Anfang August von der FAU eine offene AG zur Arbeit im Bildungsbereich gegründet. Hier können sich alle einbringen und die anstehenden Arbeitskonflikte an der Uni Jena mitunterstützen.

(1) Gezwungen? Ja, gezwungen! An der Wortwahl „zwingen“ haben Institutsverantwortliche großen Anstoß genommen. Schließlich werde hier niemand zu irgendetwas gezwungen, man erhalte vielmehr (dankenswerterweise) die Chance, etwas Geld dazuzuverdienen.

(2) Und schon wieder: Institutsverantwortliche legen Wert darauf, dass die Interviewer_innen Studierende sind, keine „Arbeiter_innen“. Auch diese Wortwahl werden wir jedoch beibehalten, alles andere würde die Lohnarbeit und -Abhängigkeit verschleiern.

(3) Eine Aufnahme von Studentischen Hilfskräften (SHKs) in den Tarifvertrag finden wir richtig. Allerdings lautete unsere Forderung nicht, die Interviewer_innen zu SHKs zu machen, sondern sie am Tariflohn orientiert zu bezahlen (und nicht, sie darin aufzunehmen). Aber das nur nebenbei.

(4) Ein paar Zitate von einem der beteiligten Profs geben hier Aufschluss: Klagen seien nicht einseitig. „Wir, also die Uni, haben mehr und bessere Anwälte. Und wenn ich kämpfe, führe ich den Kampf so, dass er ihn gewinne.“ Oder: Wir dürften nicht von Prekarisierung sprechen, weil wir als Studierende nicht zur Klasse des Proletariats gehörten und daher auch kein Recht hätten, marxistische Klassenkampf-Rhetorik zu verwenden. Da könnten wir auch gerne mal ein Seminar bei ihm belegen und uns das noch einmal ausführlich erklären lassen.

(5) Ein bisschen Selbstironie muss sein.

es einen Teil der Schuld für das Schlammassel selbst trägt. Dass institutsintern letzten Endes ein Lösungsvorschlag ausgetauscht wurde, zeigt, dass es da wohl doch einen gewissen Spielraum gab.

Nieder mit den roten Baronen!

Die Aktionen des CATI-Arbeitskampfes übten Druck auf den Apparat des Soziologie-Instituts aus. Dieser Druck führt zu einem Positionierungszwang, der letzten Endes interessante Erkenntnisse über die politischen Dynamiken innerhalb des linken Establishments am Institut brachte. (1) Nur Wenige unterstützten den Arbeitskampf öffentlich, z.B. die studentischen Hilfskräfte, die die zwei offenen Briefe verfasst haben. Einige sympathisierten unauffällig. (2) Auf der anderen Seite gab es eine Fraktion aus Profs, Dozent_innen und verbandelten Studis, die trotz ihrer ach so linken Texte klare Boss-Allüren an den Tag legten.⁴ (3) Zwischen diesen Fraktionen gab es eine Menge Karriere-Hiwis, Gewerkschaftsjugend-Aktivist_innen/Funktionär_innen und Leute aus studentischen Gremien, die auf Sozialpartnerschafts-Kurs waren. Sie wollten sich „beide Seiten anhören“, fanden die Ausfälle gegen die FAU natürlich blöd, waren aber auch der Meinung, dass die FAU übertreibe und überhaupt, wer sei schon die FAU etc. Sie konnten sich nie zu einer Unterstützung des Arbeitskampfes durchringen und machten sich stattdessen für die Einbindungsstrategie stark.

Ein paar Worte zum „Instituts-patriotismus“, der von Boss-Profis und Sozialpartner-Studis gefahren wird: Es gibt die Ansicht, dass das linke Soziologie-Institut aufgrund seiner kritischen Forschung und Lehre so etwas wie einen Stützpunkt für die revolutionäre Bewegung darstelle. In der verallgemeinerten Konkurrenz um Prestige und Fördergelder könne es aber nur durch seine hohe Produktivität, z.B. viele Forschungsprojekte, bestehen. Und hier müssten wir alle mitanpacken und den Gürtel ein bisschen enger schnallen. Wer das nicht tut, wer sich z.B. wie die

Leute vom CATI-Labor gegen die Ausbeute im Institut auflehnt, greife das Institut an, greife also das linke Projekt allgemein an und sei so was wie ein Konterrevolutionär.

Erstens glauben wir nicht, dass wir Studis und Hilfskräfte, die wir aufgrund von unbezahlten Überstunden teilweise für 5€ die Stunde arbeiten, dasselbe Interesse haben wie Profs, die einen fetten Gehaltsscheck und den ganzen Fame einheimen. Zweitens kann man sich schon mal fragen, was bei der linken Soziologie politisch am Ende raus kommt: Geklüngel mit der Linkspartei, Werbung für die Linkspartei und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rekrutierung für DGB und Gewerkschaftsbürokratien. Im Grunde ist das Soziologie-Institut einer der Standorte, an denen der linke Flügel des politischen Establishments hochgezogen wird. Mit autonomen Kämpfen und Selbstorganisation hat das aber wenig zu tun. (Klar gibt es ein paar unverbesserliche Radikalinskis. Und die haben um ihr Überleben tüchtig zu kämpfen.) Dieser Institutspatriotismus ist aber nicht nur eine fixe Idee, er beruht auf materiellen Beziehungen. Einige Profs haben richtiggehend Kaderschmieden aufgemacht und pushen ihre Studis durch die akademische Konkurrenz und die wollen ihre Karrieren sicher nicht riskieren.

Leider ist die Deutungshoheit über den Konflikt die ganze Zeit bei den Soziologie-Chefs und ihrer Bagage geblieben. Ein Großteil der Studierenden glaubt bis heute ihrer Verschwörungstheorie, wonach die böse FAU die unschuldigen oder naiven Interviewer_innen aus dem CATI-Labor erst verführt und dann instrumentalisiert habe, um ihre eigene Agenda durchzusetzen, nämlich das linke Soziologie-Institut zu zerstören. Das ist nicht nur absoluter Mumpitz, sondern leider auch eine ganz klassische antigewerkschaftliche Erzählung.

Der kommende Aufstand⁵

Zusätzlich dazu haben ein paar weitere



Hof der Alten Feuerwache

Als sich das Scheitern dieser Doppelstrategie⁷ abzeichnete, tat sich ein neues subkulturelles Projekt hervor, das von der Verteilung zur Eroberung neuer Räume überging: die „Kulturwache“⁸. Deren Hauptanliegen war es, der in den letzten Jahren noch einmal verschärften soziokulturellen Raumnot entgegenzuwirken.⁹ Dafür sollte die (mittlerweile) Alte Feuerwache genutzt werden, die im Herzen des „Regierungs- und Verwaltungsviertels“ steht. Den „Umweg“ über den Stadtrat wollten die Aktivist*innen nicht mehr gehen. Stattdessen biederten sie sich zum Einen unmittelbar dem Stadtentwicklungsdezernat an, indem sie im neoliberalen Sprech kommunizierten und sich rechtlicher, wie betriebswirtschaftlicher Instrumente (Projekt-Konzept, Bedarfsanalyse o.ä.) bedienten. Zum Anderen erweiterten sie ihr Zielpublikum insofern, dass sie mit öffentlichen Veranstaltungen größere Bevölkerungsteile (Ausstellung „Kulturknall“, Informationsstand im Fauloch o.ä.) ansprechen wollten. Für beides wurde eine gezähmte Praxis gewählt, die nicht den Eindruck entstehen lassen sollte, irgendetwas mit rebellischen Geistern am Hut zu haben. Die (Sozio)Kultur, die die Räumlichkeiten einmal beziehen sollte, stellte sich als passend zur Marke Jena dar und würde genau dem neoliberalen Kulturkonzept der sich vermarktenden Stadt entsprechen.¹⁰

Die Erschließung einer breiteren Unterstützung gelang schließlich nicht. Der

Glaube, Menschen dadurch auf die eigene Seite „locken“ zu können, indem mensch sie in einer ausschließlich abstrakten Kategorie wie „BürgerIn“ oder „EinwohnerIn“ anspricht, wurde so Lügen gestraft. In diesen spiegelt sich kein besonderes Interesse wieder, dass durch das entsprechende Projekt bedient werden könnte.¹¹ So erwies sich die Professionalisierung und „Verbürgerlichung“ des eigenen Aktivismus, sowie die (versuchte) Zusammenarbeit mit dem Stadtentwicklungsdezernat als Eigentor, das große Teile der radikalen Linken verschreckte und weder die „Massen“ begeistern konnte noch Herr Peisker (Stadtentwicklungsdezernent). Übersehen wurde hier, dass sich Regierende und Verwaltende – insbesondere sozialtechnologisch verblendete – höchst ungern von unten erklären lassen, was ihre Schäfchen brauchen.¹² In der Annahme, die Stadt würde aus betriebswirtschaftlichen Kalkül jegliches ihnen als Aufwertungsvorhaben angepreisene Projekt, das sie finanziell nicht selbst stemmen muss, begeistert aufgreifen, fehlt ein gehöriges Stück Herrschaftskritik. Die Aktivist*innen könnten der Ideologie des weiterhin sehr autoritären neoliberalen Staates auf den Leim gegangen, wonach dieser schlanker, zäher und kooperationsfreudiger sei.^{13,14}

2.3 Beispiel: Ökosoziales Zentrum

Mittlerweile gilt die Kulturwache als gescheitert oder wenigstens auf Eis gelegt. In einem geschickten Schach-

zug¹⁵ wies die Stadtverwaltung die Alte Feuerwache Anfang 2016 zur Nutzung als Lager für Geflüchtete aus. Nachdem die Abschottung Europas die Zahl der in Jena ankommenden Geflüchteten stark verringerte, wurde davon wieder Abstand genommen. Teile der Alten Feuerwache wurden inzwischen dem Umsonstladen sowie verschiedenen „Flüchtlingsfreundeskreisen“ und deren Kleidersammlungen zur Zwischen-nutzung zur Verfügung gestellt. Das mag wenigstens ein kleiner Wermutstropfen auf dem heißen Stein sein, an den zahnlosen Häuserkämpfen in Jena ändert dies letztlich wenig. Für soziokulturell engagierte stand jedoch im Frühling 2016 bereits das nächste Projekt in den Startlöchern: das „Öko-soziale Zentrum“¹⁶. Ziel ist „die Reaktivierung einer Brachfläche“ im Stadtzentrum Jenas als Begegnungs- und Erholungsort für eine Stärkung des Dialoges zwischen Wissenschaft, städtischer Verwaltung und Politik sowie einer aktiven Zivilgesellschaft, die sich selbsttragend und gemeinschaftlich organisiert den Zielen eines Wand-

lungsprozesses hin zu einer weltoffenen und zukunftsorientiert agierenden Stadt Jena verpflichtet.“¹⁷. Die Ausrichtung spricht insofern eine klare Sprache – ganz abgesehen davon, dass der Wortlaut wie eine Kopie aus dem Koalitionspapier von SPD, CDU und Grünen wirkt –, dass sie Zweifel an einer auch nur noch ansatzweise emanzipatorischen Vision aufkommen lässt. „Sozial“ wird in diesem Projekt identisch mit „BürgerIn“.¹⁸ Ein politischer Standpunkt, geschweige denn eine Parteilichkeit abseits des städtischen Zwangs(dis)urses ist für mich nicht mehr erkennbar. Die unkritische Zusammenarbeit mit allen möglichen Stadtschergen nur folgerichtig. So dürfte es auch kein Zufall sein, dass auch kommerzielle Kultur ihren Platz im Zentrum finden wird. Sollte es jemals realisiert werden, gäbe es auch in Jena ein Projekt, dass als Gentrifizierungsfaktor nach Leipziger Art wirken könnte¹⁹ und die neoliberale Landnahme von Häuserkämpfen hätte mit großer Verspätung auch Jena erreicht.



Freiraum-Demo der alternativkulturellen- und Künstler_innen-Szene vom 22. Juni 2016

nach oben, selbst wenn am Institut das persönlich-akademische Benefit der Interviewer_innen ausgiebig beteuert wird. Dass die Telefon-Interviewer_innen also nicht viel zu verlieren haben, erklärt, warum ein paar studentische Arbeiter_innen endlich mal rebelliert haben.

Reaktionen des Arbeit(„Auftrag“-)gebers

Anders als unterstellt, wurde das CATI-Labor nicht in übler Absicht von der FAU infiltriert, um Interviewer_innen zu instrumentalisieren, sondern eine Gruppe von Interviewer_innen suchte die FAU-Sprechstunde auf. Dass die Inanspruchnahme des Schutzes der FAU nicht unbegründet war, zeigte sich spätestens, als der Arbeitskampf öffentlich gemacht wurde. Da kam es nämlich durchaus zu heftigen persönlichen Anschuldigungen und Diffamierungen der Kämpfenden. Folgende Strategien des Instituts und der Uni zeichneten sich ab:

1. Repression und Union Busting gegen die Gewerkschaft FAU Erfurt/Jena wurden in Betracht gezogen und vorbereitet. Mehrfach wurde behauptet, die FAU sei keine richtige Gewerkschaft,

einzelne Personen schlugen auf einer Institutskonferenz vor, künftig vom Hausrecht Gebrauch zu machen und die Polizei gegen die FAU vorgehen zu lassen.

2. Es wurde sich bemüht, die studentischen Arbeiter*innen in internen Gesprächen zu beschwichtigen und einzubinden. Sie wurden u.a. eingeladen, sich (unbezahlt) an der Sonderkommission zum CATI-Labor zu beteiligen, so ihren eigenen Arbeitskampf von oben mitzuverwalten und das nächste Arbeitsmodell (vermutlich nicht weniger problematische Hiwi-Verträge) mitzugestalten und so zu legitimieren.

3. Einzelne Dozent*innen und Professor*innen des Instituts haben am Konflikt beteiligte studentische Arbeiter*innen im instituts-öffentlichen Raum bloßgestellt und verbal angegriffen. So entpolitisierten sie den Arbeitskampf zu einer persönlichen Fehde zwischen Einzelpersonen und übten Druck auf engagierte Student*innen aus.

4. Das Institut schob die (zunächst generelle, dann nur die juristische) Verantwortung die Uni-Ebene ab, obwohl



So sieht ein klassisches CATI-Labor aus. Hier ein Photo von der TU Chemnitz.

Der CATI-Labour-Struggle: Arbeitskampf an der Uni

verfasst von zwei Mitgliedern des CATI-Labour-Struggles, die nicht beanspruchen können, für die ganze Gruppe zu sprechen

Was ist passiert?

Mitte Juni begannen organisierte Interviewer_innen des CATI-Labors der Uni Jena gemeinsam mit der FAU einen Arbeitskampf. Dieser richtete sich gegen die Praxis, Studierende mittels Werkverträgen in die Scheinselbstständigkeit zu zwingen¹. Außerdem wurde eine höhere Bezahlung der studentischen Arbeiter_innen² gefordert.

Nachdem wir unseren Forderungskatalog den CATI-Labor-Verantwortlichen und -Assoziierten des Soziologie-Instituts zukommen ließen, passierte zunächst wenig bis nichts. Das Öffentlichmachen des Arbeitskampfes mit Plakaten, Flyern und einer spontanen Kundgebung hat hingegen ordentlich Bewegung in die Sache gebracht: Nach mehreren Gesprächen mit Vertreter_innen des Instituts – die erwartungsgemäß von verschiedenen Einbindungsversuchen geprägt waren – liegt nun eine Stellungnahme des Instituts für Soziologie vor. In dieser bestätigt das Institut, von der Werkvertragspraxis Abstand zu nehmen und spricht sich für eine Aufnahme von studentischen Hilfskräften in den Tarifvertrag aus.³ Von daher ist ein Teilsieg errungen; das Modell der Werkverträge und Scheinselbstständigkeit wird nach 12-jähriger (laut Institut „problemloser“) Anwendung fallen gelassen.

Werkverträge und Scheinselbstständigkeit

Das CATI-Labor wird von dem Institut für Soziologie betrieben und dient zur Durchführung von computergestützten Telefoninterviews (CATI = Computer assisted telephone interviewing). Dort werden die Daten für „Prestigeprojekte“ des Instituts wie zum Beispiel den Thüringen Monitor erhoben. Was war

Anlass für unsere Unzufriedenheit mit der Arbeitssituation im CATI-Labor? Obwohl faktisch ein Arbeitsverhältnis vorlag, wurden die Interviewer_innen mit Werkverträgen beschäftigt. Diese machen sie zu Selbständigen, die sie de facto nicht sind: Folglich lag eine Scheinselbstständigkeit vor.

Das faktische Arbeitsverhältnis ergibt sich aus der tatsächliche gelebten Praxis: Die Interviewer_innen arbeiten in den Räumen der Uni und zwar mit Material und Software der Uni, welche dieser zudem umfassendes Monitoring erlaubt. Sie sind weisungsgebunden und tragen sich in Dienstpläne ein. Letztendlich wurden die Interviewer_innen auch nicht pro Werk, also durchgeführtes Interview, sondern nach Arbeitszeit bezahlt. All dies ist auf der rechtlichen Basis von Werkverträgen entweder gar nicht oder aber nur unter bestimmten Umständen vorgesehen.

Die Werkverträge haben aber für die Uni einen großen Vorteil: Sie sind billig, da sie erlauben, die Verpflichtungen eines Arbeitgebers wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu umgehen. Dies geschieht dann logischerweise auf Kosten der Scheinselbstständigen. Da diese Praxis nach unserem Aufmucken nicht mehr haltbar ist, wird nun vermutlich angestrebt werden, die Interviewer_innen künftig als studentische Hilfskräfte anzustellen. Dieses Modell ist nicht unumstritten, da durchaus diskutiert werden kann, ob die Arbeit im CATI-Labor eine wissenschaftliche ist und somit auf SHK-Basis stattfinden kann.

Anders als bei vielen Hiwi-Stellen bei Profs können die studentischen Arbeiter_innen nicht auf eine Karriereplanung mit Papa Prof hoffen. Aus dem CATI-Labor gibt es keinen Weg

3. Ursachen zahnloser Häuserkämpfe

Abschließend möchte ich die Frage aufwerfen, inwiefern die drei diskutierten Projekte in ihrer Ausrichtung einen Kampf gegen Windmühlen führ(t)en. Zweifelsohne haben die Aktivist*innen vorhandene Missstände treffend erkannt. Die Subkultur_Soziokultur Jenas musste nach einigen Erfolgen in den 90er Jahren („Haus“, Kassablanca u.a.) im letzten Jahrzehnt schmerzhaft Verluste (Caleidospheres u.a.) hinnehmen. Dafür waren vor allem steigende Immobilienpreise und Mieten verantwortlich. Eine Entwicklung, die durch kommunal-politische Weichenstellungen aktiv befeuert wurde. Um den verlorenen Raum zurückzugewinnen, investierten die Aktivist*innen viel Zeit und Kraft. Die dabei an den Tag gelegte Motivation, Eifer und Geduld empfinde ich als sehr beeindruckend. In dieser Dimension könnten sich meines Erachtens viele Freizeit-Aktivist*innen eine Scheibe abschneiden. Die Intensität des Engagements und auch die leidliche Erfahrung immer noch ohne Raum dazustehen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass schwerwiegende strategische Fehler in diesen Häuserkämpfen begangen wurden, deren zwei ich abschließend kurz benennen möchte.

Alle Projekte konzentrier(t)en sich auf Sub_Soziokultur, was insofern verständlich ist, als sich in diesem Umstand die intrinsische Motivation, das Selbstinteresse am Aktivismus ausdrückt. Allein mit diesem Interesse entstünden aber maximal Inseln, Nischen, Rückzugs- und „Entfaltungsräume“, die in der „Normalgesellschaft“ nicht gegeben sind. Auch dagegen spräche zunächst wenig, wären es nicht in der Regel Projekte von Privilegierten für Privilegierte und würde nicht der Nischenaspekt überwiegen, während sich die Stadt um einer*in herum rasend verändert (vielleicht sogar auch auf Grund des eigenen Tuns). Ausgehend von der Basis des Selbstinteresses bedarf es daher Erwei-

terungen, entweder indem mehr als nur die eigenen Interessen im Projekt bedient werden oder indem mensch sich Verbündete für den eigenen Kampf sucht, deren Aktivismus andere Interessen bedient. Zwar versuch(t)en Kulturwache und Ökosoziales Zentrum diesen Weg zu gehen, scheiter(t)en aber an abstrakten Kategorien wie „BürgerIn“. Mit dieser Anrufung erscheinen entweder Menschen, deren Interessen mensch gerade nicht noch mehr Raum geben sollte oder eben mensch. Ich halte es für einen fatalen Fehlschluss zu glauben, dass die eigene Politik anschlussfähiger wird, indem wir sie als zahm_bürgerlich_nichtradikal_unparteiisch darstellen. Zu merken, dass wir nicht genug sind, ist eine wichtige Erkenntnis. Daraus aber zu schließen, dass wir ersteinmal alle ansprechen sollten, um zu schauen, wer kommt, eine falsche Konsequenz. Eine naheliegende Lösungsstrategie des Problems ist für mich, zu schauen wer denn noch alles von Verdrängung betroffen ist, schließlich verschwindet in dieser Stadt nicht nur die Sub_Soziokultur nach und nach von der Bildfläche.

Weiterhin eint die drei Projekte das bewusste oder unbewusste Handeln auf dem Spielfeld und die Annahme der Spielregeln des Staates.²⁰ Schematisch tun sie dies in der behandelten Reihenfolge gegen, für und mit den kommunal-staatlichen Apparaten. Das heißt allgemein richten sich ihre Anliegen stets an die Repräsentant*innen im Stadtrat und / oder an die Verwaltenden im Stadtentwicklungsdezernat und / oder an bürgerliche Aktivist*innen mit Nähe zu Parlament und Verwaltung. Besonders unterscheiden sie sich lediglich in ihrer Positionierung zu diesen Institutionen. Meine These lautet nun, dass die Art und Weise der Anrufung insofern irrelevant ist, da es zum integralen Bestandteil neoliberaler Verwaltung gehört, jegliche Form von Anrufung seitens Protestierender einzuhegen. Weniger verschachtelt formuliert: Wer glaubt, dass politische Eliten ein*e auch nur ansatzweise verlässliche*r

„Bündnispartner*in“ sein können, übernimmt die demokratische Logik der Repräsentation in seine*ihre „Politik“. Solch eine Zusammenarbeit macht meines Erachtens aber nur Sinn, wenn erstens bereits starke auf Selbstorganisation beruhende Netzwerke vorhanden sind, sowie deren Aufrechterhaltung auch stets Vorrang haben wird und zweitens diese Menschen miteinbezieht, die nicht ebenfalls in der Subkultur oder (linken) Studi-Blase unterwegs sind. Mit der Sicherheit das „Bündnis“ nach eigenen Bedingungen jederzeit aufkündigen zu können, ohne damit vor einem Scherbenhaufen zu stehen, sowie mit dem Druckmittel breiteren Rückhaltes lässt sich nachhaltige „Politik“ in Auseinandersetzung mit staatlichen Apparaten machen.

straktionen über Leute herzuführen, sondern ihre alltäglichen Probleme zu thematisieren und als Folge gesellschaftlicher Verhältnisse sichtbar zu machen. Für die oben diskutierten Häuserkämpfe bedeutet dies, den verwendeten Kulturbegriff zu politisieren, parteiisch zu sein, sich selbstbewusst laut und leise zu nehmen, statt zu appellieren und zugleich Menschen in ihrer konkreten Betroffenheit von Ableismus, Altersdiskriminierung, Klassismus, Rassismus, Sexismus, Heteronormativität usw. anzusprechen. Warum also nicht einmal ein (besetztes) Autonomes Zentrum mit Klassenstandpunkt oder ein (besetztes) Stadtteilzentrum mit empowernden Angeboten von und für von Diskriminierung_Verdrängung Betroffene?

Aus beiden Punkten ergibt sich für mich ein Plädoyer für herrschaftskritische Standpunkte. Das heißt nicht in Ab-

- (1) Eine öffentliche oder auch nur scene-interne Debatte über dieses sehr weit verbreitete Vorgehen ist mir noch nicht begegnet.
- (2) Die Auswahl erfolgte auf Grund ihres exemplarischen Gehaltes und nicht etwa weil diese Projekte aus positiven oder negativen Gründen besonders erwähnenswert wären gegenüber anderen.
- (3) So der Name des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“, an dem das Stadtentwicklungsdezernat aktuell mit Hochdruck arbeitet. <https://blog.jena.de/jena2030/>
- (4) Die Thematisierung unserer Wohnverhältnisse birgt – insbesondere in Jena – große politische Sprengkraft. Damit spiele ich nicht nur auf die mangelnde Konfliktfreudigkeit mit unseren Vermieter*innen an, sondern eben-o auf die Gestaltung des Wohnens, des vermeintlich Privaten selbst. Das Beispiel Inselplatz 9a macht deutlich, wie nieder-schwellig und lange unbemerkt Aneignung „privater“ Räume funktionieren kann.
- (5) Erinnert sei hier an die Formulierung: „So lasst uns doch unser Fleckchen Erde“ seitens eines Inselplatz-Aktivisten.
- (6) Unberücksichtigt blieb hier zudem, dass die in Kommunen schon immer bestehende Discrepanz zwischen ehrenamtlichen Parlament und professionalisierter Verwaltung im Neoliberalismus weiter zunahm und somit die wesentlichen Entscheidungen im Stadtentwicklungsdezernat getroffen werden, d.h. abseits jeglicher in der parlamentarischen Demokratie ohnehin schon lächerlich kleinen „Verfügungsgewalt“ der Bürger*innen.
- (7) Natürlich ist nur die Strategie gescheitert. Das Projekt besteht weiterhin und wirkt in seinem Terrain (Sokü, Partys) gefestigt.
- (8) <http://www.kulturwache-jena.de/>. Ob hier irgendein Zusammenhang zwischen den Projekten gegeben ist, ist mir nicht bekannt.
- (9) Im Konzept heißt es, dass ein „Ort kreativer Selbstverwirklichung, gegenseitigen Austauschs und kultureller Förderung“ geschaffen werden soll.
- (10) So der Tenor in der Bedarfsanalyse.

mal "Anticapitalista" rufen, aber dass sich dieses abstrakte antikapitalistische Bewusstsein nicht in eine bestimmte klassenkämpferische Alltagspraxis übersetzt. Bzw. sich aus der Szene zurückziehen, wenn die Lohnarbeit ihr Alltag geworden ist. Nehmen wir die allgemeine Verflechtung unserer Szene mit den Staatsapparaten hinzu, ist es gar nicht weiter verwunderlich, dass der typische Karriereweg vieler Linksradikaler nach der Uni direkt in staatsnahe oder staatliche Apparate wie NGOs, DGB, Linkspartei, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Staatsantifa führt. In Jena erleben wir sowas tagtäglich. Wir haben da eine Alternative anzubieten: Statt der Einbindung in die Apparate von Staat und Kapital und statt des Rückzugs ins Private, setzen wir auf Selbstorganisation von unten, gegenseitige Hilfe und offensive Kämpfe, um so als Arbeiter_innenklasse des 21. Jh. -

von migrantischer Putzfrau über die studentische Hilfskraft und den Zeiss-Arbeiter bis hin zur inhaftierten Arbeiterin - in dieser Welt bestehen und sie jetzt schon umkrempeln zu können.

Der Klassenkampf findet nicht in Büchern und auch nicht in Anarcho-Info-Blättern statt (oder auf jeden Fall nur begrenzt), sondern im täglichen Organisationsprozess und den kleinen und größeren Widerständen des Alltags. Wenn ihr darüber mit uns sprechen wollt, kommt zu unserer wöchentlichen Sprechstunde (Dienstag 18 bis 19 Uhr im Infoladen Jena) oder zu unserer Vollversammlung (der Erste Sonntag im Monat)!

Sommerfest der FAU Erfurt/Jena



**Sonntag, 4. September
ab 16:00 im Wohni**



**Für Getränke und
veganes Grillzeug ist
gesorgt.**

Flyer für das diesjährige (etwas verspätete) Sommerfest der FAU Erfurt/Jena. Kommt alle vorbei!

immer wieder, wie auch aktuell, an der Universität Jena.

Natürlich haben wir uns auch weiter bei Soli-Aktionen für andere Kämpfe engagiert (z.B. bei der spanischen Santander-Bank oder der Böll-Stiftung), haben zu (Antifa-)Demos mobilisiert und hatten vor Mindestlohn-Zeiten noch einen Minijob-Lohnspiegel am Laufen (abrufbar auf der Website). Wir bieten eine wöchentliche gewerkschaftliche Sprechstunde (v.a. zum Minijob-Bereich) an (jeden Dienstag von 18 bis 19 Uhr im Infoladen Jena) und unterstützten die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO). Diesen Sommer haben wir außerdem zwei offene AGs gegründet, an denen alle, auch nicht-Mitglieder der FAU, sich beteiligen können: Eine Minijob-AG, um die Selbstorganisation und Kämpfe von prekären Arbeiter_innen und Minijobber_innen zu fördern, und die Bildungs-AG, um die anstehenden Kämpfe an der Uni, die sich aus dem Arbeitskampf am CATI-Labor ergeben haben, gemeinsam zu stemmen.

Warum FAU?

Wir glauben sicher nicht wie vielleicht manche alten Anarchosyndikalisten_innen, dass die Revolution nur von der Arbeiter_innenklasse und durch ihren Gewerkschaften gemacht wird, sondern wir halten die Gewerkschaft für eine notwendige Waffe, die uns als vielfältiger Bewegung für das konkrete und grundlegende, wenn auch nicht einzige, Kampffeld – das Kapital-Arbeit-Verhältnis – zur Verfügung steht. (Obwohl wir und andere FAU-Gruppen natürlich auch andere Sachen machen als bloß Arbeitskampf: Antifa, Kulturkram, Bildung etc.) Wir wollen sowohl für gegenseitige Hilfe und Solidarität untereinander sorgen als auch offensive Kämpfe gegen unsere Bosse und um unsere Bedürfnisse und Interessen führen. Dabei setzen wir uns zum Ziel, die Spaltungen und Hierarchien, die das Kapital unter uns erzeugt und ausnutzt, zu überwinden, d.h. wir bemühen uns, dass in der FAU Platz für alle ist – migrantische Arbeiter_innen (siehe die

Berliner Foreigners Section oder die Zusammenarbeit der FAU Düsseldorf mit der Grupo de Acción Sindical), arbeitende Frauen (z.B. die Berliner Gender-AG, ihr Falblatt und die Sprechstunde zu Sexismus am Arbeitsplatz), Arbeitslose (z.B. die gemeinsamen Besuche beim Amt und die Sachbearbeiter_innen-Datei der Dresdner FAU). Im Gegensatz zu den großen Gewerkschaften tun wir dies auf eine selbstbestimmte Art und Weise. Um zu verhindern, dass auch wir bloß eine Kopie des Staats werden (mit Wahlen, Abstimmungen, Repräsentant_innen, Männer-Geklüngel, bezahlter Bürokratie, Gehorsam etc.), haben wir einige Mechanismen entwickelt, nämlich rotierende unbezahlte Mandate, Entscheidungshoheit der Basis, lokale Autonomie, Ausschluss von der Mitgliedschaft für Bullen und Leute in Herrschaftspositionen über andere Arbeiter_innen.

Warum FAU in Jena?

Und warum eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft in einer Uni-Stadt wie Jena, wo so viele von uns Studierende sind? Als Studierende stehen wir nicht außerhalb des Kapital-Arbeit-Verhältnisses. Wir müssen schon jetzt kostenlose oder unterbezahlte Praktika machen (also für Umme arbeiten) oder jobben, um das Studium zu finanzieren und nach dem Studium werden wir häufig arbeitslos und vom Arbeitsamt verwaltet oder dürfen uns entweder vom Boss ausbeuten lassen oder uns als (Schein)Selbstständige in der Marktkonkurrenz selbstausbeuten. Auch wir von der FAU Erfurt/Jena sind typischerweise studentische Hilfskräfte oder haben Neben- und Minijobs und einige von uns sind mit Studieren fertig und malochen (und organisieren) im Call Center.

Wir halten es für ein großes Problem, dass die Linke (bis auf einige gruselige autoritäre rote Gruppen) den Arbeits- und Klassenkampf in den 80ern und 90ern als Kampffeld kurzerhand entsorgt hat und dass viele Genoss_innen von uns heute zwar ihren Marx gelesen haben und auf Demos ein paar

(11) Angerufen fühlen sich dadurch eher privilegierte Menschen, deren Interessen in der Stadtentwicklung bereits überwiegend vertreten sind. Subkultur_Soziokultur_Selbstverwirklichung mögen Interessen sein, die in ihrer Gestaltung und in ihrem Vollzug höchst voraussetzungsvoll sind und – was häufig nicht gesehen wird – in verschiedenen sozialen Lagen unterschiedlich befriedigt werden oder unbefriedigt bleiben kann.

(12) Die mittlerweile inflationär stattfindenden „Bürgerveranstaltungen“ sprechen zunächst eine andere Sprache. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass es sich bei diesen um eine „unbewusste“ Inszenierung handelt, bei der – wie es der „Zufall“ so will – in der Tendenz eben die Planungen herauskommen, die den städtischen Eliten in den Kram passen. Unbewusst ist diese insofern, dass hier nicht unbedingt eine top down Manipulation geschieht. Die Zielsetzungen werden hingegen oft aktiv von den Teilnehmenden beige-steuert.

(13) Für diese Einschätzung ist es im Übrigen egal, ob die Aktivist*innen selbst emanzipatorische oder konformistische Positionen vertreten.

(14) Bürger*innen sollen zwar durchaus Initiative zeigen, sich engagieren und ihre Meinung kundtun, aber nur in dem Sinne, wie es von staatlichen Apparaten erwartet wird. Abweichungen von dieser Logik werden entweder verfolgt oder – wenn der Widerstand bereits zu groß ist – gespalten und eingehegt.

(15) Das Kalkül, dass sich niemensch, der sich „links“ verortet“, über diese Art und Weise der Nutzung echauffieren würde, ging zumindest auf. Dennoch erachte ich es als möglich, Kritik an dem Vorgehen der Stadt zu formulieren, ohne rassistische Stimmung zu machen.

(16) <http://freiraumjena.12hp.de/idee.html>

(17) <http://freiraumjena.12hp.de/ziele.html>

(18) Bände spricht da auch die Zusammenarbeit mit der „Bürgerstiftung Jena“. Gemäß bürgerschaftlichen Engagements ist jeder rassistische, sexistische, klassistische und ableistische Spaltung in ihrer Ursächlichkeit ausgeblendet. Was zählt ist, dass du dabei bist, egal warum, egal welche Privilegien du hast, egal wie deine Position ist und – was weitaus problematischer ist: wer warum nicht kommt, bleibt völlig außen vor.

(19) Das Stadtentwicklungsdezernat zeigt sich, angesichts der bald zahlreich leer stehenden Flächen, jedenfalls offen für Zwischennutzungskonzepte in Zusammenarbeit mit der „Kreativwirtschaft.“

(20) Nein: damit ist nicht gemeint, dass es irgendwo ein „außerhalb“ des Staates gäbe, von wo aus wir „Politik“ machen könnten. Es besteht für mich jedoch ein meilenweiter Unterschied zwischen dieser Einsicht und der Kapitulation vor jeglichen herrschenden Normen. Auch wenn wir gezwungen sind uns der Materialität „Staat“ zu stellen, heißt dies nicht, dass wir uns nicht trotzdem eigene Normen geben können, die denen des Staates widersprechen.

FAU - Wer sind wir? Was wollen wir?

von der FAU Erfurt/Jena

Als FAU (Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union) sind wir in Jena irgendwie bekannt, aber die wenigsten haben eine Vorstellung von unserer praktischer Arbeit und begreifen – fernab des Kapital-Lesekreises oder pseudorevolutionärer antikapitalistischer Phrasen – die ökonomische Sphäre als politisches Kampffeld. Ein Kampffeld auf dem wir uns als kleine lokale Basisgewerkschaft zunehmend bewegen und fortwährend Kämpfe losretren. Daher möchten wir im folgenden die Geschichte der Gesamt-FAU und unseres Syndikats in Thüringen beschreiben und erklären, warum wir es wichtig finden, dass sich mehr Menschen gemeinsam mit uns organisieren.

Die Gesamt-FAU

Die FAU wurde 1977 als I-FAU (Initiative FAU) gegründet. Im selben Jahr wurde die erste Ausgabe der Gewerkschaftszeitung Direkte Aktion (DA) herausgebracht. An diesem Prozess waren Exil-Mitglieder der kurz zuvor erst wiedergegründeten spanischen Gewerkschaft CNT beteiligt – ein schönes Beispiel für funktionierenden Internationa-

lismus. Die FAU knüpft an die Tradition des historischen Anarchosyndikalismus und der FAUD an, die 1919 gegründet und 1933 von den Nazis zwangsaufgelöst wurde. Ziel der Neugründung war und ist es, eine klassenkämpferische Gewerkschaft ohne bezahlten Funktionsapparat, Abhängigkeiten, Hierarchien und Gewerkschaftsbonzen aufzubauen. Eine Gewerkschaft, die nicht wie die großen DGB-Gewerkschaften mit Staat und Kapital kollaboriert (Stichworte: Sozialpartnerschaft und freiheitlich-demokratische Grundordnung), sondern ihnen den offenen Kampf ansagt. Deswegen haben wir rotierende Mandate für konkrete Aufgaben und sind föderalistisch aufgebaut, d.h. alle Entscheidungen werden vor Ort im autonomen Syndikat getroffen (FAU Erfurt/Jena) und nur über lokale Angelegenheiten hinausgehende Angelegenheiten mit der Regionalföderation abgesprochen (Region Ost) bzw. mit der Gesamtföderation (FAU) koordiniert. Lange Jahre war die FAU eher eine anarcho-syndikalistische Folklore- und Traditionspflege-Organisation, die der spanischen Revolution von 1936 hinterher-



Mall of Shame: Demo für den Arbeitskampf der rumänischen Bauarbeiter gegen die Mall of Berlin



FAU-Kundgebung in Solidarität mit dem Arbeitskampf der spanischen CNT mit der Santander-Bank vor der Jenaer Filiale im März 2014.

trauerte und weniger eine Gewerkschaft mit eigenen Kämpfen. Das hat sich Ende der 2000er geändert, als zunehmend eigene gewerkschaftliche Kämpfe losgetreten wurden. Einer der wichtigsten war der Kampf am Berliner Kino Babylon 2009. Es folgten weitere medial wahrgenommene Kämpfe wie der Streik in der Dresdner Szene-Kneipe. Trotzdem, der Kampf mit der Berliner Böll-Stiftung, die Kampf der Genossen aus Rumänien an der „Mall of Shame“ in Berlin und viele weitere kleinere und Alltagskämpfe. Das hatte zur Folge, dass sich die Mitgliederzahl bundesweit seit 2010 mehr als verdoppelt hat. Dieses Wachstum hat zum großen Teil in der Region Ost stattgefunden.

Die FAU in Thüringen

Im März 2007 wurde in Meiningen und Suhl die FAU Südthüringen (FAUST) gegründet. (Nächstes Jahr feiern wir uns zehnjähriges – haltet euch bereit!) Schon einige Monate danach unterstützte die FAUST die Besetzung des Nordhäuser Fahrradwerkes „Bike Systems“ durch die Arbeiter_innen. Dort

wurde von der Belegschaft die Produktion in Selbstverwaltung übernommen. Das Strike Bike wurde zwar zum Soli-Hit, das selbstverwaltete Werk ging trotzdem 2010 pleite. 2012 verlagerte die Thüringer FAU ihren Schwerpunkt von Südthüringen in die Thüringer Studi-Metropolen und wurde dann in FAU Thüringen und später FAU Erfurt/Jena umbenannt. Die Hinwendung zu den eigenen Kämpfen fand bei uns 2013 statt, als ein Mitglied von uns als Tutor am ach so linken und kapitalismuskritischen Soziologie-Institut arbeitete und gemeinsam mit anderen Kolleg_innen einen Hiwi-Streik ins Rollen brachte. Als FAU waren wir aktiv beteiligt und unterstützten den Streik. Wir sammelten dabei zugleich Erfahrungen und Wissen im Arbeitskampf und -recht, die wir anschließend in der Minijob-Kampagne und eigenen Kämpfen einsetzten. Seitdem haben wir für und gemeinsam mit einigen Leuten aus der Szene Lohnzahlungen und andere Ansprüche erkämpft – bei Backwerk, Immergrün, Obi, beim NSU-Filmdreh und anderen Arbeitsplätzen. Dabei